Nr. 176. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 30. Juli 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Bezugs-Einladung.

Am 1. August 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts"

mit **Unterhaltungsblatt** und der illustrirten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt."

Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Theil des Romans:

„Um die Freiheit"

Von Robert Schweichel

wird neueintretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2 Mark 20 Pfennigen
für die Monate August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts" in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts".

Die Berieselung der Kohlengruben.

Die zahlreichen und verderblichen Grubenexplosionen der letzten Jahre haben die Nothwendigkeit erhöhter Aufsicht und technischer Maßnahmen zur Verminderung solcher Katastrophen unzweideutig erkennen lassen. Die zahlreichen Opfer, welche der deutsche Bergbau an Menschenleben forderte, heischten gebieterisch Vorkehrungen gegen die Gefahr des Kohlenstaubes in den Schlagwettergruben. Es genügte nicht, daß man die Schießarbeit so weit wie möglich beseitigte. Denn nach den Explosionen auf den Zechen „General Blumenthal" und Kaiserstuhl II" wurde klar erwiesen, daß nicht Sprengschüsse die Ursache derselben gewesen sind. Vielmehr gab meist das Vorhandensein von Kohlenstaub, der in feinem und trockenem Zustande ungemein zur Explosion neigt, den Anlaß zu den schweren Katastrophen. Nach eingehenden Versuchen in der bergwerkschaftlichen Versuchsstrecke zu Schalke wurde festgestellt, daß jeder Kohlenstaub, wenn er fein und trocken ist, durch einen Sprengschuß oder eine kleine Gasexplosion zur Entzündung gebracht wird und alsdann in unheimlicher Weise zur Verstärkung und Ausdehnung der Explosion beiträgt und daß in dieser Beziehung der feine, mehlförmige Flugstaub der Fettkohlenflötze ganz besonders gefährlich ist.

Nach den eingehenden Ergebnissen dieser Versuche und auf Grund der thatsächlichen Feststellungen bei den verschiedenen Explosionen ergab sich daher als Aufgabe der Bergverwaltung, die Kohlenstaubgefahr möglichst einzuschränken. Das einzige Mittel zu ihrer Beseitigung ist aber eine gründliche Befeuchtung der Stellen, aus denen sich der Staub entwickelt, und des Kohlenstaubs, der bei den Gewinnungsarbeiten oder bei der Förderung, vom Luftzug fortgetragen, als Flugstaub sich niederschlägt.

Nun wurde ja bisher schon in den meisten Gruben allerdings nur in beschränktem Maße eine Berieselung vorgenommen. Man befeuchtete aber mit unzureichenden Mitteln und nur die allergefährlichsten Stellen. Man sprengte mit Wasserwagen oder Kübeln, Gießkannen und Handspritzen ꝛc., die bei großer räumlicher Verbreitung des Staubes in den Grubenbauen nicht ausreichen konnten. Das einzige Mittel zu einer gründlichen Befeuchtung des Kohlenstaubes ist nur mittels Spritzwasserleitung zu ermöglichen. Schon heute sind daher viele Gruben des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund mit Spritzwasserleitungen versehen. Man sollte daher annehmen, daß die allgemeine Einführung dieser Einrichtung zum Schutze des Lebens der unter Tage beschäftigten Arbeiter nicht den mindesten Widerstand von Seiten der Unternehmer begegnen würde. Aber dem ist nicht so. Wenn irgendwo sich einmal wieder der gesammten Oeffentlichkeit demonstriren läßt, wie das deutsche Unternehmerthum jede, auch die bescheidenste und zugleich berechtigste Forderung der Arbeiter von der Hand weist, und wie darum eine wirthschaftspolitische Nothwendigkeit ist, daß eine starke Arbeiterbewegung vorhanden ist, die durch ihren Einfluß in der Oeffentlichkeit und gegenüber den staatlichen Behörden das Unternehmerthum zu zwingen vermag, den Arbeitsprozeß so zu gestalten, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter geschützt sind, so liegt dieser Fall hier vor, wo gegen eine Verordnung, deren Durchführung eine Bagatelle an Geld und gutem Willen erfordert, die aber für das Leben der Arbeiter eine Schutzgarantie bietet, von vornherein in der kleinlichsten Weise intriguirt wird.

Die Bergpolizei-Verordnung, betreffend die Befeuchtung des Kohlenstaubes in Schlagwettergruben, ist dieser Tage erlassen worden. Sowohl der Inhalt wie die Bedingungen der Durchführung der Verordnung sind für die Bergwerke so entgegenkommend und schonend, daß selbst einige Unternehmerorgane im westfälischen Kohlenrevier „eine große Rücksichtnahme auf den Kostenpunkt anerkennen, und daß wir von unserem Standpunkt aus allen Anlaß hätten, gegen die Rücksichtnahme auf die Arbeitgeber energisch zu protestiren. Die ganze Verordnung enthält so viele Ausnahmen und macht die Durchführung der Bestimmungen so sehr von der „Bedürfnißfrage" im einzelnen Falle abhängig, daß sicher ein hoher Prozentsatz der Schlagwettergruben sich den neuen Bestimmungen zu entziehen in der Lage sein wird. Zum Ueberfluß enthält die Verordnung noch die Bestimmung, daß dort, wo die Beschaffung der Wasserleitungsröhren binnen kurzer Zeit als unausführbar erscheint, als Termin für die Herstellung der vorgeschriebenen Schutzwasserleitungen in Fettkohlenflötzen der 1. Juli 1899, in den weniger gefährlichen Gruben gar der 1. Januar 1900 festgesetzt ist. Und selbst damit war es nicht genug. Auf Antrag der Bergwerksbesitzer kann das Ober-Bergamt auch über den 1. Januar 1900 hinaus noch Fristverlängerung gestatten.

Und dennoch erhebt sich in den Kreisen der Bergwerksbesitzer und Bergwerksdirektionen schon jetzt ein Sturm der Entrüstung über die so geringe Zumuthung an die finanziell gegenwärtig so prosperirenden Bergwerke. Obgleich die Anlagekosten sich im Durchschnitt auf höchstens 20—30 000 M. pro Grube belaufen werden, sind die Grubenbesitzer sich heute schon einig, daß sie die neue Last nicht auf die eigenen Schultern nehmen wollen.

Gleich nach dem Erlaß des Dortmunder Ober-Bergamtes haben 26 Mitglieder des Beirathes des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats den Antrag gestellt, eine Beirathssitzung einzuberufen, um die Kohlenpreise zu erhöhen; neben anderen Gründen hierfür werden die „Kosten für die Berieselung der Gruben" ausdrücklich genannt. Die in Aussicht genommene Preiserhöhung wird auf mindestens 50 Pf. pro Tonne angegeben. Da die Betheiligungsziffer innerhalb des Syndikats etwa 50 Millionen Tonnen beträgt, so würde das — immer nur innerhalb der betheiligten Gruben — einen Aufschlag von 25 Millionen Mark ergeben, sicherlich mehr, als zur Deckung der Mehrausgaben für alle möglichen Zwecke nöthig ist. Für einen Theil der Gruben kann die Bergverwaltung sogar jede Berieselungsanlage für überflüssig erklären! Die Preiserhöhung werden sie jedoch ebenfalls schmunzelnd einstreichen. Wo bliebe da das „Opfer"?

Und der Verein für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund hat in seiner diesjährigen ordentlichen Generalversammlung, die vor einigen Tagen in Dortmund stattfand, bereits eine regelrechte Kampagne gegen die neuen Bergpolizei-Verordnungen eingeleitet. Der Referent, Bergmeister Engel, hielt zwar nach Erlaß der Verordnung eine res judicata (beschlossene Sache) für vorliegend, doch wies er auf ein ausführliches Gutachten hin, in dem der Verein vor der vorhergesehenen Berieselung das königliche Ober-Bergamt gewarnt habe mit dem Hinweis, die Berieselung würde die Verunglückungsziffer durch Steinfall sicherlich steigern. Man wolle sich daher zunächst damit begnügen, die Erfahrungen über die Wirksamkeit der Berieselungen zu sammeln. Eine derartige, beinahe bösartig zu nennende Drohung hält der Zechenbesitzer-Verein noch am Platze, obgleich in § 2 der in Frage kommenden Verordnung in den Gruben von der Berieselung mit Genehmigung des Ober-Bergamtes abgegangen werden kann, wo nachweislich durch die Befeuchtung die Gefahr von Unfällen durch Stein- und Kohlenfall vermehrt würde.

So muß von seiten der Arbeiter selbst der kleinste Fortschritt des Arbeiterschutzes in zähem Kampfe den Unternehmern abgerungen werden. Gerade an solchen Erfolgen zeigt sich aber auch wieder, wie außerordentlich nothwendig eine machtvolle Bergarbeiter-Organisation wäre, die im Kampfe um den eigenen Schutz dem Unternehmerthum geschlossen und mit einem ernsten und kräftigen Wollen gegenüber treten könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli.

Der nächste internationale Arbeiterkongreß wird im Spätsommer oder Herbst des Jahres 1900 in Paris stattfinden. Auf dem letzten Kongreß in London war von deutscher Seite bekanntlich der Wunsch laut geworden, der nächste internationale Kongreß möge in Deutschland abgehalten werden. Da aber, bei der Unsicherheit der Verhältnisse in Deutschland und bei der Unberechenbarkeit des Zickzackkurses Zweifel an der Ausführbarkeit bestanden, so wurde beschlossen, den nächsten Kongreß wenn es angehe, 1899 in Deutschland, wenn das nicht angehe, ihn 1900 in Paris, wohin die französischen Genossen eingeladen hatten, abzuhalten.

Bis in die neueste Zeit hinein verzichteten die deutschen Genossen nicht auf die Hoffnung, daß sich in Deutschland ein Ort finden lasse, wo der Kongreß ohne Gefahr für die Theilnehmer stattfinden könne. An ein Verbot des Kongresses glaubten wir nicht — hatte doch sogar die preußische Regierung vor einigen Jahren der Abhaltung des internationalen Bergarbeiter-Kongresses kein Hinderniß in den Weg gelegt.

Freilich, durch die Ausweisung eines (belgischen) Delegirten war auch der praktische Beweis geliefert worden, daß man in einem Polizeistaat auf alles gefaßt sein muß. Immerhin erachtete man es nicht für ganz unmöglich, daß außerhalb Preußens sich in Deutschland ein Ort finden werde, wo derartige Ueberraschungen nicht zu erwarten seien und wo namentlich für ausländische Delegirte die Gefahr einer Auslieferung an irgend eine verbündete Macht, z. B. Rußland, nicht vorhanden sei.

Der Gedanke, einen solchen Ort in dem neuen Deutschen Reiche zu finden, hat aber aufgegeben werden müssen. Die Niederlage der Reichsregierung bei den Reichstagswahlen hat die reaktionären Elemente in eine fieberhafte Angstthätigkeit versetzt, die zwar an sich mehr komisch als tragisch ist, jedoch zu Gewaltschritten führen könnte, denen wir unsere auswärtigen Genossen, unsere Gäste, unter keinen Umständen aussetzen dürfen. Marschirt auch Deutschland, wie die Herren Machthaber uns versichern, an der Spitze der Zivilisation, so ist es leider noch nicht in die Reihe der Kulturstaaten eingetreten, die dem Inländer und Ausländer die persönliche Freiheit und Sicherheit gewährleisten. Darum mußten wir den Gedanken aufgeben, den nächsten Kongreß im Jahre 1899 in Deutschland abzuhalten. Und wir sehen uns gezwungen, unseren französischen Brüdern die Ehre zu überlassen, denen wir nach Kräften bei den Vorbereitungen für den nun in Paris abzuhaltenden Kongreß helfen werden. —

Die Gesinnungsschnüffelei ist jetzt in Preußen an der Tages- und Nachtordnung. Von den Schnüffeleien in den Kriegervereinen wollen wir gar nicht reden. Vielfach werden Maßregelungen von Arbeitern im Staatsdienste, die eine sozialdemokratische Gesinnung bekundet haben sollen, vorgenommen. Von zahlreichen Disziplinarverfahren gegen Beamte wird berichtet. Es ist, wie uns von glaubwürdigster Seite mitgetheilt wird, aufgefordert worden, die den Behörden unterstehenden Beamten genau zu überwachen.

Das Ueberwachen ist nun allerdings ein schweres Stück Arbeit. Aber gerade weil man niemandem ins Herz sehen kann, wird sich mancher durch diese Aufforderung veranlaßt finden, die Ueberwachung geheim vorzunehmen und zu Mittheilungen aus Beamtenkreisen selbst — also von Beamten über Beamte — aufzumuntern.

„Ueberwachung" ist ein ziemlich harmloses Wort. Aber auf französisch, und den Deutschen sehr verständliches französisch nimmt sich, umgekehrt wie im Falle des biederen Riccault de la Marlinière, die Sache doch etwas schlimmer aus. Auf französisch heißt es nämlich Spionage. Und wenn man bedenkt, mit welch' sittlicher Entrüstung alle Welt über die Jesuiten den Stab gebrochen hat wegen des — Ueberwachungssystems, das sie innerhalb ihres Ordens eingeführt haben, so ist zu hoffen, daß ein Theil dieser sittlichen Entrüstung auch für dieses neue Ueberwachungssystem übrig geblieben ist. —

Deutsches Reich.

Das Anschneiden der Kanalfrage durch den preußischen Ministerialdirektor Schultz hat sofort die Interessenten wieder auf die Beine gebracht, vorwiegend natürlich die Gegner, die durch ihr Lärmen zur rechten Zeit noch vorbeugen möchten.

Die „Deutsche Tageszeitung" behandelt den kanalbegeisterten „Herrn Geheimrath" als einen vorlauten Schwätzer, über dessen Offenherzigkeit die Regierung kaum entzückt sein werde. Dann heißt es deutlich genug:

„Fordern kann die Regierung die Summe wohl, wenn sie den Muth dazu hat; aber ob sie bewilligt werde, das ist eine andere Frage.

Wir sind begierig, wieviel die Regierung zur Unterstützung von Kleinbahnen verlangen würde, wenn sie thatsächlich den Muth finden sollte, 400 Millionen Mark für Kanäle zu verlangen. Daß die Kleinbahnen einem weit dringenderen und allgemeineren Bedürfnisse entgegenkommen als die Kanäle, ist selbstverständlich und oft genug von Männern, die der Regierung sehr nahe stehen, zugegeben worden. Man würde also annehmen müssen, daß doch mindestens die gleiche Summe für Kleinbahn-Unterstützungen gefordert werde."

So das waschechte Agrarierthum. Unter den Freikonservativen scheinen, wie gewöhnlich bei den Kanalerörterungen, die Ansichten getheilt. Die Großindustrie hat hier naturgemäß ganz andere Anschauungen wie der mehr agrarische Flügel; aber selbst in der Großindustrie sträuben sich gegen die „Entlastung der Eisenbahnen" alle diejenigen Produktionszweige, die bei den Massenlieferungen an Schienen und Schwellen und sonstigen Eisenbahn-Materialien von jeher ihr Schäfchen geschoren haben und die die 400 Millionen lieber in den Ausbau der Schienenwege gesteckt sehen möchten. Gerade in der Presse ist dieser Interessentenkreis sehr stark vertreten, und so kommt denn auch die „Post" zu dem Schlusse,

„daß, wenn der preußische Staat 400 Millionen Mark zur Verbesserung seiner Verkehrseinrichtungen aufwenden will, er dem Verkehr und dem Erwerbsleben im ganzen einen größeren Dienst erweist, wenn er diese große Summe zum Ausbau seines Eisenbahnnetzes, als wenn er sie zur Herstellung großer Schifffahrtskanäle verwendet."

Daß auch im preußischen Ministerium selber nicht alles klappt, beweisen die neulichen Berathungen über die anderweite Geschäftsvertheilung zwischen den einzelnen Ressorts. Wäre es wahr, daß man in der That die ganze Bauabtheilung — die Verwaltung der Seehäfen, der Ströme, der Kanäle — dem Landwirthschafts-Ministerium hätte unterstellen wollen, so würde man darin nichts anderes wie einen Schachzug der kanalfeindlichen Strömung in der Regierung selber sehen können.

Jedenfalls liegen die 400 Millionen noch lange nicht auf dem Zahlbrett. —

Erhebungen über die Rentabilität landwirthschaftlicher Betriebe. Durch den Staatssekretär des Innern Grafen Posadowsky ist dem deutschen Landwirthschaftsrath die Mittheilung gemacht worden, daß die in die Wege geleiteten Erhebungen über die heimische Gütererzeugung auch auf die Landwirthschaft ausgedehnt werden sollen. Es sind deshalb Erhebungen über die Rentabilität ganzer landwirthschaftlicher Betriebe in Aussicht genommen, für welche verschiedene Wirthschaftstypen berücksichtigt werden sollen, und zwar nach Klima, Höhenlage, Bodenverhältnissen, Groß-, Mittel- und Kleinbesitz, extensiver und intensiver Betriebsweise, Körner- und Viehwirthschaft, Zuckerrübenbau, Brennereibetrieb, Weinbau und Anbau von Tabak, Hopfen, Flachs u. s. w. —

Als bestes und oft einziges Mittel gegen den Arbeitermangel auf dem Lande haben wir stets empfohlen: bessere Löhne zu zahlen und die Arbeiter besser zu behandeln.

Ueber die Wunderwirkung dieses Mittels finden wir in den Berichten der preußischen Fabrikinspektoren einige recht eindrucksvolle Beweise.

In den Mittheilungen aus Westpreußen wird z. B. betont, wie sehr sich die Zuckerfabrikanten der Umänderung und Erweiterung der ganz unzureichenden Unterkunftsräume ihrer Lohnsklaven widersetzten. Indeß — bemerkt der Gewerberath hierzu —

bei dem im Berichtsjahre herrschenden Arbeitermangel vollzog sich die Heranziehung der fremden Arbeitskräfte da am leichtesten, wo die beste Unterkunft geboten wurde.

Der Beamte ist sogar ehrlich genug, darauf hinzuweisen, daß die Entschuldigung: die Leute seien das Wohnen und Schlafen nicht besser, sondern eher noch schlechter gewöhnt — auf grund dieser Beobachtungen ganz unhaltbar erscheine:

Daraus geht hervor, daß die Gewöhnung und Lebenshaltung der Wanderarbeiter, insbesondere der aus Gegenden mit vorwiegend deutscher Bevölkerung stammenden, in der Regel nicht so niedrig ist, wie behauptet wird, mit einem Unterkommen vorlieb zu nehmen, wie sie es sich in der Heimath nicht bieten lassen würden.

Aus der Provinz Posen heißt es alsdann:

Daß auch die hiesigen Arbeiter wirthschaftliche Vortheile und die zu ihrer leiblichen Wohlfahrt getroffenen Einrichtungen wohl zu würdigen wissen, erweist die Thatsache, daß durchgehends bei denjenigen Zuckerfabriken, die etwas höhere Lohnsätze bewilligen und für die Verpflegung und Wohnung der Arbeiter sorgen, bei Eröffnung der Rübenverarbeitungs-Kampagne ein übergroßes Angebot von Arbeitskräften eintrat, während die anderen gleichartigen Fabriken, welche in der angegebenen Richtung nichts Besonderes bieten, über Arbeitermangel klagen mußten.

Also in demselben Landstriche, bei durchaus gleichartigen ländlichen Fabriken „ein übergroßes Angebot" von Arbeitskräften neben einem „Arbeitermangel", je nachdem man für bessere Löhnung, Wohnung und Verpflegung sorgt oder die alte kurzsichtige Ausbeutung weiter betreibt. Diese Feststellungen reden eine sehr deutliche, für unsere Agrarier allerdings überaus beschämende Sprache. —

An den Erlaß des Herrn v. d. Recke legt auch die „Nat.-Ztg." scharfe Kritik. U. a. führt sie aus:

„Wozu erläßt Herr v. d. Recke seine Verfügung vom grünen Tisch? Was kann er anders erfahren, als das, was längst die Spatzen von den Dächern pfeifen? Doch nein: das wird er eben nicht erfahren. Die Herren Regierungspräsidenten werden wieder allerhand Kuriosa sammeln, Einzeldinge, die kein allgemeines Interesse und keinen allgemeinen Werth haben. Es wird in den Berichten wimmeln von „bemerkenswerthen Vorkommnissen" und „charakteristischen Flugblättern oder anderen Kundgebungen", so daß der Herr Minister höchst zufrieden seinen Blick über diese Berge von „Material" wird schweifen lassen können. Es wird auch viel die Rede sein von „besonderen Verhältnissen" sozialer oder sonstiger Art, die „etwa" zu dem Anwachsen der Sozialdemokratie Anlaß gegeben haben. Aber das, was die Spatzen von den Dächern pfeifen, wird kein Regierungspräsident, kein Landrath gehört haben wollen, weil in der Hauptsache eben die Ausübung der Verwaltung im Lande und eine Menge von Mißgriffen der Regierung auf dem rein politischen und dem wirthschaftspolitischen Gebiet die Ursachen sind, welche das Eindringen der Sozialdemokratie in die kleinen Städte und auf das platte Land erklären. Es ist „die kleine, aber mächtige Partei, welche die Regierung zu diesen Mißgriffen drängt, welche der Verwaltung gerade in den kleinen Landstädten und auf dem platten Lande den Stempel der Polizeiwillkür aufdrückt, welche es an jedem Rechtsgefühl dem politischen Gegner, ja dem politisch Andersdenkenden gegenüber mangeln läßt, und welche bis auf den einsamsten Gutshof hinaus unter dem schönklingenden Namen eines „patriarchalischen Verhältnisses" ein Verhältniß zwischen „Herren" und Leuten stützt, dem oft jedes wirthschaftliche Wohlwollen von seiten der Herren, ja jeder menschliche Inhalt fehlt."

Die „Nat. Ztg." betont dabei, daß sie „die Gefahren der Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft" nicht verkenne, aber „in verschärften Polizeimaßregeln und Gesetzesstückwerk keine zweckmäßige Bekämpfung dieser Gefahren erblicke". Der Artikel des Blattes schließt alsdann mit den bezeichneten Worten:

„Ehe das national und gesellschaftlich noch gesunde breite Bürgerthum ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gegen die Sozialdemokratie unterstützt, hat diese und haben alle die anderen, die es angeht, und auf die wir oben hingewiesen haben, das Wort zu befolgen: ziehe zuerst den Balken aus deinem Auge, ehe du den Splitter aus deines Nächsten Auge ziehst."

Das heißt mit anderen Worten: Wenn die Regierung nicht mehr den agrarischen Wünschen folgsam sein, sondern ihre Gunst dem industriellen und kommerziellen Kapitalismus zuwenden würde, dann würden auch die Links-Nationalliberalen der „Nat.-Ztg." „ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gegen die Sozialdemokratie unterstützen".

Dies Bekenntniß einer schönen nationalliberalen Seele wollen wir uns aufheben! —

Eine Petition an den Reichstag um Abänderung der bestehenden Bestimmungen über den Waffengebrauch der Wachen und Posten wird gegenwärtig von Hamburger Bürgern aus Anlaß der Schießaffäre vorbereitet, die sich vor kurzem in Kiel abgespielt hat, und bei welcher bekanntlich auf einen Matrosen von einer Patrouille geschossen und ersterer schwer verletzt worden ist, als er sich durch die Flucht seiner Verhaftung entziehen wollte. Der Reichstag soll durch die Petition veranlaßt werden, den Bundesrath zu ersuchen, jene Bestimmungen in zeitgemäßer Weise abzuändern und insbesondere die Befugniß der Posten und Patrouillen, auf fliehende Arrestanten, wenn es sich nicht um schwere Verbrecher handelt, zu schießen, gänzlich aufzuheben. Zur Unterzeichnung der Petition werden alle erwachsenen Männer und Frauen Hamburgs aufgefordert, und es soll die Eingabe dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt unterbreitet werden. —

Als Nachfolger des Herrn v. Plötz im Vorsitz des Bundes der Landwirthe bezeichnet die „Eld. Ztg." den Major Endell, den Vorsitzenden der Landwirthschaftskammer Posen und Provinzialvorsitzenden des Bundes in Posen, der scherzweise „der kleine Plötz" genannt wird und an agrarischer Einseitigkeit nichts zu wünschen lassen soll.

Aber Herr Dr. Rösicke wird sich den Posten nicht leicht wegnehmen lassen! —

Die „Kreuz-Zeitung" schreibt heute Abend:

„Im sozialdemokratischen Zukunftsstaat wird die Regierung nach der Pfeife des Volkes tanzen und die reaktionäre Theorie beseitigt sein, wonach das Volk nach der Pfeife der Regierung zu tanzen habe. In diesem Sinne äußerte sich der „Vorwärts" erst kürzlich wieder, durchbricht jetzt aber selbst seine radikale Doktrin, indem er über die Vorgänge, die sich während des großen Ausstandes in Genf abspielten, schreibt:

„Während des Ausstandes hat sich der Genfer Bevölkerung . . . eine so blinde, kopfscheue Angst bemächtigt, daß das sonst in den schweizer Kommunen lebende Gefühl der Gerechtigkeit und Billigkeit ganz in die Brüche gegangen ist. Und so hat eine republikanisch-radikale Regierung, vor die Wahl gestellt, dem Prinzip oder der „öffentlichen Meinung" zu folgen, alle freiheitlichen Ideale an den Nagel gehängt und sich reaktionär gezeigt, wie es kaum ein konservatives Kabinet gewagt hätte."

In Genf hat also die Regierung nach der Pfeife des Volkes getanzt, sie ist der „öffentlichen Meinung" gefolgt, wie der „Vorwärts" selbst anerkennt, und dennoch ist das sozialdemokratische Zentralorgan mit dieser Volksregierung nicht einverstanden, weil sie nicht that, was die Leiter des „Vorwärts" wollten. Danach werden also auch im Zukunftsstaat Konflikte zwischen dem Volk und seinen Leitern entstehen, da der „Vorwärts" mindestens die Unfehlbarkeit der Volksregierung in Zweifel stellt.

Im sozialdemokratischen Zukunftsstaat wird das Volk nach der Pfeife seiner Regierung tanzen müssen und wer Opposition macht, „fliegt hinaus", wenn nicht, was das wahrscheinlichste ist, ein abgekürztes Verfahren à la Guillotine beliebt wird."

Die „Kreuz-Zeitung" irrt sich. Wenn unser Programm verwirklicht ist (das die „Kreuz-Zeitung" sich in unserer Expedition holen lassen kann), kann die Regierung, auch wenn sie so verrückt wäre, anders zu wollen, das Volk nicht nach ihrer Pfeife tanzen lassen, dann herrscht eben das Volk, und wie soll das Volk es fertig bringen, sich selber „hinausfliegen" zu lassen? Und was das „abgekürzte Verfahren à la Guillotine" betrifft — nun die „Kreuz-Zeitung" braucht keine Angst zu haben. Die Sozialdemokratie kann zwar nicht hindern, daß jemand den Kopf verliert, aber das „abgekürzte Verfahren" der „Kreuz-Zeitung" ist eine Barbarei, die sie denen überläßt, die einen Halbidioten dem Schwert des Scharfrichters Krauts überliefert haben.

Daß die Volksmassen in Genf die Regierung zu Ungerechtigkeiten und Gewaltthaten veranlaßt haben, ist sehr bedauerlich, jedoch immer noch besser, als wenn es umgekehrt gewesen wäre. Wenn das Volk belehrt wird, pflegt es seine Ungerechtigkeit wieder gutzumachen; allein wer hätte je gehört, daß eine Regierung, die das Volk nach ihrer Pfeife tanzen läßt, ein Unrecht eingesehen und es wieder gutgemacht hätte?

Nach der Weltanschauung der „Kreuz-Zeitung" wäre das ja die schmählichste Schwäche. —

Ueber die Gruppirung der Parteien für die Landtags-Wahl führt die „Frankfurter Zeitung" in Anknüpfung an einen auch von uns schon erwähnten und kritisirten Artikel der „National-Zeitung" folgendes aus: „Der Artikel der „National-Zeitung" ist in ziemlich entschieden liberalem Tone gehalten und stellt ganz richtig den Satz in den Vordergrund, daß alles geschehen müsse, um zu verhindern, daß im preußischen Abgeordnetenhause die Konservativen für sich allein eine Mehrheit erhalten, wozu ihnen ja nur wenige Stimmen fehlen. Wenn zur Verhütung einer solchen Mehrheit die „National-Zeitung" alles was liberal ist, zum Zusammenstehen auffordert, so kann sie hierbei der Zustimmung aller Unbeteiligten Liberalen, bis in die Kreise der energischsten Demokraten hinein, sicher sein. Denn im Abgeordnetenhause liegen für den Liberalismus die Wahlverhältnisse anders als beim Reichstage. Seine Ziele sind hier bescheidener und sind in der That auf solche Punkte eingeengt, in denen die entschieden Liberalen selbst mit ziemlich weit rechts stehenden Nationalliberalen noch viele Berührungspunkte haben. Man braucht nur an den in letzter Zeit gestiegenen Einfluß der Kirche auf die Schule zu erinnern, in dessen Bekämpfung die Nationalliberalen ja schon um ihrer kulturkämpferischen Vergangenheit willen Farbe halten, um dessen in vollem Umfange inne zu werden. Aber was soll man dazu sagen, wenn das Blatt trotz der Gefahr einer konservativen Mehrheit die Ausnahme macht, daß „in den polnischen Landestheilen sich liberale Wähler im einzelnen Falle auf einen nationalen Kandidaten mit den konservativen Parteien einigen müssen und werden?" Das kann nach Lage der Sache nichts anderes heißen, als daß in den Wahlkreisen, in welchen bei der letzten Landtagswahl die Freisinnigen und die polnische Opposition zusammengestimmt haben, die Freisinnigen diesmal das Bündniß lösen und die polnischen Mandate den Konservativen in die Hände spielen sollen. Wenn ein paar Stimmen mehr genügen, um im Abgeordnetenhause eine konservative Mehrheit zu stande zu bringen, ist es dann nicht gleichgiltig, ob diese wenigen Stimmen ihnen in den polnischen Landestheilen oder anderswo beschafft werden? Man sollte meinen, daß, nachdem das konservativ-freisinnige Wahlbündniß im Posenschen, ja auch nur Vorverhandlungen dazu abgestritten worden sind, nunmehr die leitende freisinnige Presse eine derartige Zumuthung mit einiger Entrüstung von sich weisen würde. Allein die „Freisinnige Zeitung" begnügt sich damit, in ihrem Auszug aus der „National-Zeitung" den betreffenden Passus wegzulassen, ohne ihm zu widersprechen. So viel wir sehen, ist das einzige Berliner Blatt, das auf diesen Widerspruch aufmerksam macht, der „Vorwärts". Wir befürchten, daß dieses Versteckspielen eines Tages schlimme Folgen haben könnte. Zählt doch die „National-Zeitung" ganz richtig auf, was im Falle einer konservativen Mehrheit zu erwarten ist: Rücksichtslose, reaktionäre Interessenpolitik, allgemeine Reaktion gegen das liberale Bürgerthum und die liberale Staatsauffassung, einzelstaatliche Mittel zur Vereitelung der Freizügigkeit, Abänderung des Dreiklassen-Wahlrechts in noch reaktionärerem Sinne, Wiederkehr eines reaktionären Volksschulgesetzes, des Assessorenparagraphen, der Vereinsgesetz-Novelle. Und wenn das alles mit ein paar konservativen Stimmen durchzusetzen ist, dann sollen liberalgesinnte Wähler den Befürwortern einer derartigen Politik diese Stimmen verschaffen, blos weil sie in den polnischen Landestheilen wohnen? Sind das „nationale" Gründe?"

In tausend Nöthen, so schreibt die „Berl. Morgen-Ztg.", befinden sich die Konservativen in Ostpreußen wegen der bevorstehenden Landtagswahlen. In Memel ist bekanntlich ein Litthauer in den Reichstag gewählt worden. Dieser Erfolg hat die Litthauer bestimmt, auch für die Landtagswahlen ihre Kraft zu versuchen, und zwar wollen sie nicht nur in Memel-Heydekrug, sondern auch in Tilsit-Niederung und Ragnit-Pillkallen mit eigenen Kandidaten vorgehen. Ihr Entschluß hat die Konservativen nicht wenig erschreckt, denn im Regierungsbezirk Gumbinnen haben die Konservativen fast überall bei den Landtagswahlen schwer mit dem Freisinn zu kämpfen, und wenn die litthauischen Dörfer ihnen untreu werden, so sind ihnen Memel, Tilsit und Pillkallen aller Voraussicht nach verloren. In ihrer Noth haben sie deswegen den Litthauern das Anerbieten gemacht, in jedem der drei Wahlkreise für einen litthauischen Kandidaten zu stimmen, vorausgesetzt, daß die Litthauer ihnen dann helfen würden, die freisinnigen Kandidaten zu schlagen. Die Litthauer aber haben, wie die „Tils. Allg. Ztg." berichtet, den Vergleich abgelehnt. Konservative und Litthauer ziehen also gesondert in die Wahlschlacht; die Litthauer besetzen jeden der in Aussicht genommenen Kreise mit zwei Kandidaten und kommt es zu Stichwahlen zwischen den Konservativen und Freisinnigen, so entscheiden sie gewiß nicht zu gunsten der Partei, von der sie sich im bittersten Hader getrennt haben. Die Litthauer verlangen, daß die russische Grenze geöffnet werde, und da das ostpreußische Agrarierthum diesen Preis nicht zahlen mag, nützt es ihm selbst nicht, daß es seinen „nationalen" Sinn zurückdrängen und den Litthauern den Weg in den Landtag bahnen will. —

Maßregelungen in Sicht! Wie ein Berliner Blatt meldet, findet aus Anlaß der letzten Reichstags-Stichwahl im Kreise Teltow-Beeskow-Storkow zur Zeit ein Ermittelungsverfahren gegen einen Stabsarzt a. D. W. und einen Gymnasiallehrer R. aus Charlottenburg statt, weil sie agitatorisch für den sozialdemokratischen Kandidaten Zubeil thätig gewesen sein sollen. Es haben bereits zahlreiche Vernehmungen stattgefunden. —

Vom fliegenden Gerichtsstande der Presse weiß jetzt auch die katholische „Koblenzer Volks-Zeitung" zu erzählen. Der Redakteur, Reichstags-Abgeordneter Dr. Ed. Marcour in Koblenz war vor das Berliner Amtsgericht I zitirt, um sich hier wegen einer Preßbeleidigung zu verantworten. Es handelte sich bei der Klage um einen Artikel der „Koblenzer Volkszeitung", in welchem gegen die Verbreitung eines Prospektes des Mahn'schen Verlags in Leipzig, der Illustrationen mit Nuditäten enthielt, protestirt wurde. Verlagshändler Mahn hielt sich für beleidigt und verklagte den Redakteur, nicht etwa in Koblenz, auch nicht in Leipzig, sondern — in Berlin. Das Berliner Gericht hielt sich für zuständig und erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

Kriegsgerichts-Urtheile. Uns wird mitgetheilt: Vom Magdeburger Kriegsgericht wurde ein aus Halle a. d. S. eingezogener Reservist zu drei Monaten verurtheilt, weil er die Aeußerung gethan haben soll: „Es ist man gut, daß unserer durch ist." Ein anderer aus Frankfurt a. M. wurde zu zwei Jahren wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt, weil er seinen Kameraden habe veranlassen wollen, bei einem Hoch auf den Kaiser sich auszuschließen.

Mögen diese Vorkommnisse und harten Urtheile als Warnung für die zu Uebungen einberufenen Reservisten dienen. —

Bismarck's Gesundheitszustand hat sich wieder gebessert. Die Redaktionen der Bismarckblätter dürfen also ihre schon druckfertigen Trauerartikel nochmals ins Pult legen.

Genossenschafts-Statistik. Es ist von Interesse, aus der neuen amtlichen Genossenschafts-Statistik den Umfang der Betheiligung der Bevölkerung in den einzelnen preußischen Provinzen am Genossenschaftswesen festzustellen. Danach gehören von 1000 der Bevölkerung in Ostpreußen 31,07 zu Genossenschaften und zwar 30,38 zu solchen mit unbeschränkter, 0,45 mit beschränkter Haftpflicht, in Westpreußen 20,64 und zwar 16,17 und 4,47, in der Stadt Berlin 10,19 und zwar 2,73 und 7,46, in der Provinz Brandenburg ohne Berlin 26,39 und zwar 14,52 und 11,59, in Pommern 28,16 und zwar 9,58 und 18,50, in Posen 32,54 und zwar 26,72 und 5,74, in Schlesien 29,95 und zwar 15,86 und 14,05, in Sachsen 35,22 und zwar 12,80 und 21,97, in Schleswig-Holstein 28,03 und zwar 21,20 und 6,32, in Hannover 40,60 und zwar 23,44 und 14,96, in Westfalen 28,89 und zwar 17,86 und 8,32, in Hessen-Nassau 70,96 und zwar 62,21 und 8,60, und im Rheinland 25,42 und zwar 16,35 zu Genossenschaften mit unbeschränkter und 8,61 zu solchen mit beschränkter Haftpflicht. Die Aufzählung ergiebt, daß Hessen-Nassau im Promilleverhältniß zur Bevölkerung an der Spitze der Entwickelung des Genossenschaftswesens und daß Berlin an deren Ende steht. Interessant ist auch, zu beobachten, daß die Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht vornehmlich in einzelnen Provinzen Förderung gefunden hat, so in Sachsen, Pommern, Hannover und Schlesien. Andere Provinzen haben sich gegen diese Genossenschaftsart, die bekanntlich erst seit dem Ende der achtziger Jahre gesetzlich zulässig ist, ablehnend verhalten. Am geringsten ist sie in Ostpreußen entwickelt, wo die Genossenschaft mit Solidarhaft fast die Alleinherrschaft ausübt.

Der deutsche Auslandshandel hat sich im ersten Halbjahr 1898 nach den Mittheilungen des Statistischen Amtes folgendermaßen gestaltet:

Einfuhrwerthe für das 1. Halbjahr 1898 nach den für 1897 festgesetzten Einheitswerthen — für die Hauptgetreide- und Mehlarten werden die Preise für 1898 besonders ermittelt — in 1000 M.: 2 661 641 gegen 2 334 980 im Vorjahr, daher mehr 326 661. Hiervon Edelmetalle: 139 890 gegen 54 122.

Ausfuhrwerthe für das 1. Halbjahr 1898 nach den für 1897 festgesetzten Einheitswerthen — für die Haupt-Getreide- und Mehlarten wurden die Preise für 1898 besonders ermittelt — in 1000 M.: 1 926 086 gegen 1 820 877 im Vorjahr, daher mehr 105 189. Hiervon Edelmetalle: 121 360 gegen 58 412.

Gestiegen ist hauptsächlich der Einfuhrwerth (in Millionen Mark) von Baumwolle und Baumwollenwaaren (20), Erden, Erzen, Edelmetallen (81), Flachs ꝛc. (12), Getreide und anderen Landbau-Erzeugnissen (65), Häuten und Fellen (8), Holz ꝛc. (32), Instrumenten, Maschinen ꝛc. (3), Kautschuck (3), Kupfer ꝛc. (7), Leder- und Lederwaaren (5), Material- ꝛc. Waaren (25), Oel (19), Seide (6), Wolle (38). Um 5 Millionen ist der Werth der Abfälle-Einfuhr zurückgegangen, um 5 Millionen der Werth der Vieheinfuhr. —

Gestiegen ist hauptsächlich der Ausfuhrwerth (in Millionen Mark) von Drogerie-, Apotheker- und Farbwaaren (20), Eisen und Eisenwaaren (21), Erden, Erzen, Edelmetallen (64), Getreide ꝛc. (21), Häuten und Fellen (4), Instrumenten, Maschinen ꝛc. (9), Kupfer (5), Kohlen (10), während der Werth der Ausfuhr von Material- ꝛc. Waaren um 29, von Baumwollenwaaren um 4, von Wolle und Wollenwaaren um 17 Millionen Mark zurückgegangen ist.

Straßburg i. E., 28. Juli. (Eig. Ber.) Die „Voss. Ztg." hatte vor einiger Zeit die Nachricht gebracht, der kaiserliche Statthalter habe nach Beendigung der Reichstagswahlen, verstimmt durch die Sprache der „ultramontan-protestlerischen" Presse, vom Staatssekretär v. Puttkamer scharfe Maßregeln gegen die „Ausschreitungen" jener Presse verlangt, sei aber bei Herrn v. Puttkamer auf Widerstand gestoßen; der letztere trage sich deshalb mit Rücktrittsgedanken, so daß „eine gründliche Aenderung in der elsaß-lothringischen Politik" bevorstehe. Die offiziöse „Straßburger Post" dementirt nunmehr alle derartigen Gerüchte und bezeichnet sie als haltlose Erfindungen. Es hätte für uns dieser amtlichen Versicherung nicht bedurft, um überzeugt zu sein, daß im Lande des Diktaturparagraphen auch fernerhin in der alten Weise fortgewurstelt wird.

Ein zweites Dementi ist zentrums-offiziöser Natur. Der neugewählte Reichstags-Abgeordnete für den Kreis Kolmar, Abbé Redakteur Wetterlé, schreibt in seinem „Journal de Colmar": „Verschiedene Zeitungen unseres Landes haben den Artikel der „Deutschen Reichsztg." abgedruckt, nach welchem Unterhandlungen stattgefunden haben sollten, die zu einem Anschluß der elsässischen Gruppe ans Zentrum, als Hospitanten, geführt hätten. Wir wissen absolut nichts von solchen Verhandlungen, und auch alle diejenigen Mitglieder der Gruppe, bei denen wir uns erkundigen konnten, wissen nichts von der durch die „Bonner Zeitung" verkündeten Thatsache. Es handelt sich also nur um einen Versuchsballon, wie solche in den nächsten Monaten wohl noch zahlreich aufsteigen werden." —

Oesterreich.

Wien, 29. Juli. Wie verlautet, wird der Zusammentritt des Reichsraths spätestens Anfang Oktober erfolgen. Gleich zu Beginn wird die Regierung dem Hause einen Sprachengesetzentwurf, sowie das neue Ausgleichsprovisorium mit Ungarn vorlegen. Sollte das Parlament wieder in Obstruktion verfallen, so wird die Regierung mit der sofortigen Auflösung des Reichsrathes antworten.

Ungarn.

Budapest, 29. Juli. Der „Pester Lloyd" schreibt, man setze von der ungarischen Regierung eine unstatthafte Sorglosigkeit voraus, wenn man meine, daß sie durch den Gang der Ereignisse in Oesterreich überrascht wurde. Es sei wahrscheinlich, daß die Schließung des österreichischen Reichsraths nur die Einleitung einer weitreichenden Aktion bilde. Die Marschrichtung der ungarischen Regierung in der gegebenen Lage sei durch das Gesetz vorgezeichnet und lasse sich kurz dahin zusammenfassen, daß man sich auf keinen Ausgleich auf grund des § 14 und auf kein neues Provisorium einlassen werde. An diesem Grundsatz werde die Regierung zweifellos festhalten. —

Schweiz.

Zürich, 27. Juli. (Eig. Ber.) In Neuenburg findet seit dem 17. d. das eidgenössische Schützenfest statt, das alle drei Jahre an einem anderen Orte abgehalten wird. Dabei werden jedesmal viele Phrasen verzapft, der Vogel scheint diesmal aber abgeschossen worden zu sein bei der Ankunft einer Anzahl italienischer Schützen. In ihrem Namen „redenerte" der italienische

Generalkonsul in Genf. Dabei schienen ihm die von Zuhältern und dergl. in Genf anläßlich des Bauarbeiterstreiks ausgeführten Störungen der geeignetste Ausgangspunkt für seinen Speech zu sein, indem er die rasche Unterdrückung derselben lobte und sodann weiter mit kühner Stirne erklärte, daß die Millionen italienischer Arbeiter, welche alljährlich ins Ausland gehen, dazu nicht durch Noth gezwungen, sondern nur von dem Bestreben veranlaßt seien, ihre Lage zu verbessern. Diese Weisheit deckt sich ungefähr mit derjenigen des Onkels Bräsig, wonach die Armuth von der Poverté herkommt. Den verlogenen Phrasen völlig würdig antwortete der schweizerische Sprecher Borel, indem er von „der großen Nachbarnation" redete, „welche so viel auf idealem Gebiet geleistet habe und mit der wir einen friedlich-idealen Wettkampf fortsetzen wollen". Mit scharfer Satire meint dazu das „Volksrecht", wahrscheinlich habe der Eidgenosse dabei an den Wettlauf gedacht, den die Schweiz durch die Italienerauslieferung mit dem Mailänder Kriegsgericht ausführte.

An den schweizerischen Universitäten studirten im verflossenen Wintersemester 843 weibliche Studenten und Zuhörer; die Gesammtzahl der Studirenden betrug 4316. Auf die einzelnen Universitäten vertheilen sich die weiblichen Besucher: Genf 296, Zürich 216, Bern 135, Lausanne 95, Neuenburg 45, Freiburg 43 und Basel 13; auf die Fakultäten: Medizin 308 Studirende und 15 Zuhörerinnen, Philosophie 188 resp. 326, Jurisprudenz 6. 306 stammten aus Rußland, 56 aus der Schweiz, 52 aus Deutschland, 24 aus Bulgarien u. s. w.

Bei der Gelegenheit sei bemerkt, daß unsere bekannte polnische Parteigenossin Rosa Luxemburg an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich auf grund ihrer eingereichten Inauguraldissertation: „Die industrielle Entwickelung Polens" und nach vorschriftsmäßig abgelegter Prüfung die Würde eines Doktors der Staatswissenschaften erhalten hat. —

Frankreich.

Paris, 29. Juli. Der Staatsanwalt wies die Anklage Picquart's gegen Paty de Clam zurück. Die Untersuchung gegen Esterhazy und Madame Pays soll eingestellt werden.

Die Thatsache, daß Bourgeois doch den Professor Stapfer für sechs Monate von seinem Amt suspendirt hat, wird lebhaft diskutirt und als Beweis dafür angesehen, daß Bourgeois sich dem Wunsche des Kriegsministers Cavaignac gebeugt habe. Alle Welt habe gehofft, daß wenigstens die Mitglieder der Universität über Meinungsverschiedenheiten in der Dreyfus-Sache vom Disziplinar-Strafverfahren verschont werden würden.

Paris, 29. Juli. Alle Zeitungen veröffentlichen einen Brief des dramaturgischen Schriftstellers und Offiziers der Ehrenlegion Jules Barbier, in dem er den Vorsitzenden des Ordensrathes benachrichtigt, daß er wegen Ausschließung Zola's seine Würde des Offizier der Ehrenlegion ebenfalls niederlege.

Das „Journal" meldet, das gestrige Verhör des Oberst Picquart durch den Untersuchungsrichter Fabre werde zur Vorladung neuer Entlastungszeugen führen. Der Anwalt Demange erklärt, es liege noch keine Entschließung vor hinsichtlich des von Frau Dreyfus gestellten Antrages, das Urtheil gegen ihren Mann aufzuheben. Die Familie werde sich aber dahin entscheiden, keine neuen Schritte in der Sache zu thun, solange sich die jetzige Erregung nicht gelegt habe.

Der „Matin" meldet, daß die Akten des Prozesses Zola-Perreux sammt der eingelegten Beschwerde gestern dem Kassationshofe vorgelegt seien, der über die letztere Ende nächster Woche berathen wird. —

England.

London, 28. Juli. Unterhaus. Im Laufe der Debatte erklärt der Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen Curzon: Was die Peking-Hankau-Bahn-Konzession betreffe, so laute die Antwort der chinesischen Regierung dahin, daß dieselbe einem belgischen Syndikate gewährt sei. Gleichzeitig habe die chinesische Regierung dem britischen Gesandten Macdonald die Versicherung gegeben und ihn ersucht, diese Versicherung der britischen Regierung zu übermitteln; daß Rußland kein finanzielles oder anderes Interesse an der Linie Peking-Hankau habe. Eine ähnliche Erklärung habe auch der belgische Gesandte in Peking Macdonald gegeben. — Ueber die Herbeiführung eines internationalen Abkommens über Seefischerei-Reglements fänden keine Unterhandlungen mit den Nordsee-Mächten statt, es sei aber zur Zeit ein Meinungsaustausch mit der schwedischen Regierung im gange zur Veranlassung einer internationalen Untersuchung der Fragen, welche mit der Nordseefischerei zusammenhängen.

Nach einer Meldung der „Times aus Shanghai vom gestrigen Tage hat der französische Gesandte in Peking beim Tsung-li-Yamen Einspruch erhoben gegen die Verhandlungen, welche von einer durch die „Jardine Matheson Company" vertretene Gesellschaft geführt werden und den Bau einer Eisenbahn zwischen Kaulung und Canton zum Gegenstande haben. Der Einspruch werde damit begründet, daß die Provinz Kwangtung in der französischen Einflußsphäre liege. —

Rußland.

Ein russisches Kulturbild. Im Laufe dieses Jahres hatte einer unserer Freunde in dringenden Geschäfts-Angelegenheiten eine Reise nach Rußland zu machen. Der Paß wurde besorgt, richtig visirt und auch die russische Grenze mit den üblichen Scherereien und Trinkgeldern glücklich passirt. In Petersburg quartirte sich unser der russischen Sprache nicht kundige Freund in einem Gasthofe ein und machte, nachdem er sich von den Reisestrapazen etwas erholt hatte, einen Spaziergang durch die Straßen. Plötzlich findet er sich in einem dichten Menschengewühl, und als er sich die Sache genauer ansieht, bemerkt er, daß alle Leute, wie von großem Schrecken erfüllt, das Gesicht von der Straße abwenden. Er will sehen, was da Entsetzliches vorgeht, erblickt aber nichts, als eine Linie von Soldaten, zwischen denen ein Wagen mit rasender Schnelligkeit hindurchfährt. Er versteht das alles nicht, will sich erkundigen, da wird er plötzlich von unsichtbarer Hand hinten am Kragen gepackt, so daß er den Athem fast verliert, mit Faustschlägen traktirt und trotz aller Proteste in deutscher Sprache, die seinen Angreifern — denn schnell haben sich dem ersten unsichtbaren Angreifer andere zugesellt — offenbar unverständlich ist, wie ein Kartoffelsack fortgeschleppt, bis man an ein kasernenartiges Gebäude kommt, in dessen Thor er hineingestoßen wird, um dann durch ein zweites Thor in ein Zimmer geworfen und vor einen militärisch gekleideten Herrn niedergesetzt oder niedergestellt zu werden.

Der Herr schaut unsern Freund, der von allem nichts verstanden hat, mit strenger Miene an, läßt sich von den Transporteuren, die sich als Polizisten entpuppen, Bericht erstatten und fragt dann auf Deutsch:

„Wie erklären Sie Ihr verdächtiges Benehmen?"

Unser Freund ist verdutzt. Er versteht von allem nichts. Endlich dämmert ihm die Wahrheit auf. In der Kutsche hatte der Zar gesessen und die Polizei hatte Attentatsabsichten gewittert!

Nun klärte sich die Sache allmälig auf. Unser Freund wurde bedeutet, daß er sich dadurch, daß er gewagt, nach dem Zaren zu schauen, statt, gleich dem übrigen Publikum, den Blick abzuwenden, sich eines schweren Verbrechens schuldig gemacht habe. Indeß da er sich ausweisen konnte und da der rasch herbeigerufene Hoteldiener, der gleich allen russischen Portiers und Hoteldienern im Dienst der Polizei stand, ihn rekognoszirte, auch die deutsche Gesandtschaft sich ins Mittel legte, so wurde schließlich unser Freund in Gnaden entlassen — froh, nicht nach Sibirien verschickt worden zu sein, was ihm leicht hätte erblühen können, Denn er war ja in Rußland. —

Petersburg, 28. Juli. Mit dem 1. (13.) August tritt ein Spezialtarif in kraft für die waggonweise Versendung von Getreidefrachten von den Stationen der russischen Bahnen nach allen Stationen der deutschen und niederländischen Bahnen mit Ausnahme von Königsberg, Danzig, Neufahrwasser und Memel in der Richtung über Alexandrowo und Sosnowice. Die Getreidefrachten, einschließlich der Abfälle mit Ausnahme von Mehl und Grütze, gelangen in geschüttetem Zustande zur Versendung. —

Partei-Nachrichten.

Aus Thüringen, 28. Juli. (Eig. Ber.) Den Genossen in den verschiedenen thüringischen Wahlkreisen wurde in diesen Tagen eine eigenthümliche Ueberraschung bereitet. Die hiesige Provinzpresse druckte aus einem der hauptstädtischen Futtertröge eine Korrespondenz aus Thüringen nach, in der es u. a. hieß, daß der sozialdemokratische Parteitag für Thüringen heftige Auseinandersetzungen zwischen der Parteileitung und den „zielbewußten Genossen" wegen der letzten Reichstagswahlen bringen werde. Die „Zielbewußten" behaupteten nämlich, daß diesmal ganz Thüringen, mindestens aber die Wahlkreise Jena, Erfurt und Rudolstadt zu erobern gewesen wären, wenn die Parteileitung nicht mit einem „verschwommenen Programm" agitirt und allzuviel Rücksicht auf den „fortgeschrittenen Liberalismus" genommen hätte, den man für die Stichwahl ohne Grund zu sehr fürchtete. Das Erfurter nationalliberale Blatt hofft nun schon sogar auf einen „recht hübschen und ohne Zweifel sehr lehrreichen häuslichen Krieg" innerhalb der thüringischen Sozialdemokratie. Wenn der Korrespondent und mit ihm das thüringische bürgerliche Zeitungsgeschwister, das ihm seinen Unsinn nachdruckt, auf diesen „häuslichen Krieg" harren, so könnten sie leicht zu Narren werden, soweit sie es nicht schon sind. Es versteht sich natürlich ganz von selbst, daß das ganze Geseire über die Thüringer Sozialdemokratie von Anfang bis zu Ende aus sehr ergiebigen Reporterfingern gesogen ist. Den Erfurter „Zielbewußten", die es als Zentrale für ganz Thüringen doch wissen müßten, ist von irgend einer ernsteren Meinungsverschiedenheit, geschweige gar von einer „heftigen Auseinandersetzung" garnichts bewußt.

Wenn unter „Parteileitung" der Parteivorstand zu verstehen ist, so weiß jeder Parteigenosse, daß von diesem kein „verschwommenes Programm", sondern nur der allseitig anerkannte Wahlaufruf herausgegeben worden ist. Daß man auf Eroberung der Wahlkreise Rudolstadt, Erfurt und Jena gerechnet hat, stimmt allerdings, und es hat bekanntlich bei allen drei Wahlkreisen der gegnerische Sieg nur an einem seidenen Faden gehangen. Und wer weiß, was die Wahlproteste, so der besonders der sehr aussichtsvolle Erfurter, noch bringen werden. Durch den Hinweis auf den „fortgeschrittenen Liberalismus" beweist aber der betreffende Artikelschreiber, wie wenig er die Thüringer Parteiverhältnisse kennt. Der Liberalismus kommt hier ernstlich kaum in betracht. In Erfurt liegt er total darnieder, hat er es in der Hauptwahl doch nur auf zirka 700 Stimmen gegenüber zirka 12 000 sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Die „Rücksichtnahme" seitens der sozialdemokratischen Agitation bestand deshalb in Erfurt darin, daß sie sich überhaupt nicht um die Liberalen kümmerte, besonders da diese auch garnicht einmal in eine Wahlagitation eingetreten waren. In Jena bedurfte es auch keiner „Rücksichtnahme." Dort befindet sich ein kleines liberal-demokratisches Häuflein unter Führung des bekannten Dr. Harmening, der von vornherein garkeinen Zweifel über seine Haltung bei einer Stichwahl aufkommen ließ. Es hat geschlossen für den Sozialdemokraten gestimmt. Was in Jena den Sieg verhindert hat, war die ja allseitig anerkannte Prinzipienfestigkeit der Naumann'schen National-Sozialen, die trotz vorheriger ultraradikaler Arbeiter- und Bauernfängerei in der Stichwahl mit Pauken und Trompeten für Bassermann eintraten. Bleibt Rudolstadt, wo eine Stichwahl mit einem Freisinnigen von vornherein ziemlich sicher war. Die „Rücksichtnahme" konnte also in diesem Falle nur in scharfer Bekämpfung bestehen. Dazu kommt, daß Rudolstadt im engeren Sinne gar nicht zum Bereich des Thüringer Agitationskomitees bezw. des Thüringer Parteitags gehört. So entpuppt sich denn die ganze Notiz als eine plumpe Mache, die keinen anderen Zweck hat, wie alle die anderen zur Zeit die Provinzpresse füllenden Schauerartikel über die Sozialdemokraten mit und ohne Villenbesitz: über die Oede der Saueregurkenzeit hinwegzuhelfen.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Wahlbewegung hat in Oberschlesien eine ganze Reihe von Strafverfahren gegen Parteigenossen mit sich gebracht. Einige davon sind eingestellt, in anderen ist bereits verhandelt worden. Eine Verurtheilung ist noch nirgends erfolgt. Zunächst war Genosse Marek in Zaborze angeklagt, einen „Schlafburschen unangemeldet" beherbergt zu haben. Er hatte nämlich, natürlich aus Freundschaft, dem Genossen Morawski Nachtgartier in seiner Wohnung eingeräumt. Die Verhandlung wurde vertagt. Des gleichen Vergehens war Genosse Becker in Leobschütz angeklagt, bei dem der Genosse Hirschmeier aus Neustadt vorübergehend logirte. Hier endete die Verhandlung mit der als selbstverständlich erwarteten Freisprechung. Freigesprochen wurde auch der Genosse Kandziora aus Zaborze vom Schöffengericht in Zabrze von der Anklage, bei einer Flugblattvertheilung groben Unfug verübt und eine Verkehrsstörung herbeigeführt zu haben. Der Denunziant Kandziora's war der durch mancherlei Sozialistenprozesse bekannt gewordene Gendarm Kupka, der übrigens bei jener Gelegenheit gegen Kandziora in einer Weise vorging, daß K. sich gegen Kupka beschweren mußte. Das Resultat der Beschwerde ist noch nicht bekannt. Es bleibt abzuwarten, ob das durch ärztliches Attest bezeugte überschrosse Vorgehen des Kupka entsprechend gesühnt werden wird, da dieser als Gendarm der Ziviljustiz entrückt ist. Denn daß die Gendarmen von ihren Vorgesetzten sehr milde beurtheilt werden, zeigt ein an Genossen Winter in Beuthen O.S. eingegangener Bescheid der 6. (Breslauer) Gendarmeriebrigade. Winter hatte sich gegen den Gendarm Stiller II. in Orzegow beschwert, weil er einem Genossen widerrechtlich und mit Gewalt Flugblätter weggenommen hatte. Die Widerrechtlichkeit der Wegnahme wurde bewiesen durch baldige Rückgabe der Schriften. In der Beantwortung der Beschwerdeschrift schreibt „für den beurlaubten Brigadier" ein Major Wagner, daß er „keine Veranlassung finden kann, gegen p. Stiller . . . wegen Beschlagnahme und Wegnahme von Wahlflugblättern . . . einzuschreiten."

Das heißt doch nichts anderes als: dem Gendarm ist die Beschlagnahme und Wegnahme von Wahlflugblättern erlaubt gewesen. Die Geschädigten sind dann aber auch machtlos gegen Uebergriffe der Gendarmen; diese unterstehen der Militärgerichtsbarkeit, die über sozialdemokratische Flugblätter natürlich anders urtheilt als Zivilgerichte.

— Das Urtheil im Prozeß Rödiger, Redakteur der „Reuß. Tribüne", liegt jetzt in seiner schriftlichen Abfassung vor. Es erklärt für festgestellt, daß zu der Zeit, als der beleidigende Artikel über den Schuldirektor Kühn erschienen ist, der deswegen bereits mit anderthalb Jahren Gefängniß bestrafte Rajork zwar verantwortlich zeichnete, „jedoch nahm er keineswegs eine hervorragende Stellung unter den Redakteuren ein. Er sei in der Hauptsache als Setzer in der Druckerei beschäftigt gewesen und habe nur geringe Zeit auf die Redaktionsgeschäfte verwendet, wofür er nur einen Gehalt von ungefähr 35 M. im Monat bezogen habe. Eine „solche hervorragende Stellung" habe lediglich der Angeklagte Rödiger eingenommen; er war das älteste, erfahrenste Redaktionsmitglied und erhielt einen den der anderen Redakteure überragenden Gehalt von 150 M. monatlich, und war wenn auch vielleicht nicht kraft irgend welcher vertragsmäßiger Abmachungen, so doch thatsächlich der Leiter des Blattes. — Wie wir bereits mitgetheilt haben, ist die Revision eingelegt und es steht zu hoffen, daß das Urtheil aufgehoben wird, denn es ist klar, daß aus dieser „Feststellung", sei sie auch noch so unangreifbar, garnichts für die Thäterschaft des Angeklagten gefolgert werden kann in einem Falle, wo es sich um eine Notiz von zehn Druckzeilen handelt, die jeder, der kein Analphabet mehr ist, zu schreiben im stande ist. Mußte im Termin hinsichtlich des verurtheilten Rajork vom Vorsitzenden aus den Akten doch konstatirt werden, daß dieser eine gewandte und stilgerechte Schrift schreibt. Welchen Umfang aber Rajork's redaktionelle Thätigkeit gehabt hat, erscheint uns für die Muthmaßung der Verfasserschaft der wenigen paar Zeilen über Kühn, die in keiner Weise die Merkmale einer hervorragenden Leistung an sich tragen, völlig gleichgiltig. Dadurch, daß dieser Feststellung der erste Platz unter der Beweisführung des Urtheils eingeräumt worden ist, gewinnt sie auch nichts an beweisender Kraft.

— Während des Wahlkampfes sollte Genosse Dr. Quarck, Redakteur der Frankfurter „Volksstimme", einen Tischlermeister in Wiesbaden, der sich besonders hervorgethan hatte im Kampfe gegen die Sozialdemokraten, beleidigt haben. Er wurde vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Da das Gericht die Beweisanträge Quarck's in keiner Weise gewürdigt hat, wird Berufung eingelegt werden.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Stand des Breslauer Maurerstreiks wurde in der letzten Versammlung der Streikenden wie folgt geschildert: Zur Kontrolle gemeldet haben sich 789 Mann; davon sind 694 verheirathet, ledig 89. Die Zahl der Kinder beträgt rund 1300. Abgereist sind 670 Kollegen; eingezeichnet in die Streiklisten insgesammt 1610. Die Situation habe sich nicht, wie man befürchtete, verschlechtert, sondern wieder verbessert. Am Montag haben noch 47 Mann die Arbeit niedergelegt. Die Meister, die auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren, machen die verzweifeltsten Anstrengungen, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, bisher mit wenig Erfolg.

Hamburger Einflüsse. Aus Flensburg wird uns unterm 27. Juli geschrieben: Den hiesigen Arbeitgeber-Verband scheinen die Lorbeeren seines Hamburger Namensvetters nicht ruhen zu lassen. Der Mehlboykott, diese neueste soziale That der Hamburger Scharfmacher-Organisation hat hier in Flensburg sein würdiges Gegenstück gefunden im Kalk- und Stein-Boykott. Seit einigen Wochen befinden sich bekanntlich hier die Maurer wegen geringer Lohnforderungen im Ausstand. Nunmehr hat der Arbeitgeber-Verband den „Ring der vereinigten Ziegeleien" bestimmt, an diejenigen Unternehmer, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, keine Baumaterialien mehr abzugeben. Sogar unbetheiligte Bürger, welche zu Reparaturzwecken und dergleichen Kalk oder Steine benöthigen, müssen auf den Bureaus der Ziegeleibesitzer erst genaue Auskunft ertheilen darüber, durch welchen Maurermeister sie die Arbeit ausführen lassen, ehe sie die Materialien erhalten. Wird von ihnen ein Meister, der bewilligt hat oder gar ein Streikender beschäftigt, so werden ihnen die Waaren kurzerhand verweigert. In der Bürgschaft herrscht allgemeine Entrüstung über den Terrorismus des Arbeitgeber-Verbandes.

Die Lübecker Polizei hatte einen Bauarbeiter, welcher auf Sammellisten Geld für die Streikenden sammelte, sistirt und ihm die Liste und das Geld abgenommen. Nunmehr hat derselbe ein Strafmandat in der Höhe von 40 M. 10 Pf. erhalten, und zwar auf grund einer Senatsverordnung vom 17. Mai **1851.** Diese Verordnung trifft aber nur das Hausammeln; das Gericht dürfte daher wohl zur Aufhebung des Strafbefehls gelangen.

Ueber den Streik der Brauereiarbeiter in Erfurt wird uns von dort vom 28. Juli geschrieben: Als der Eigenthümer der Baumann'schen Brauerei sah, daß die Arbeiter die Brauerei verlassen wollten, begann er in Verhandlungen einzutreten und bewilligte nach 1½stündiger Debatte, daß die Brauerei-Arbeiter alle 2 Wochen einen freien Sonntag haben, an den Zwischensonntagen soll die Beschäftigung 3 Stunden dauern. Längere Arbeit wird mit 40 Pf. pro Stunde vergütet. Der Arbeitgeberring ist mit dieser Bewilligung gesprengt. Die Arbeitgeber hatten sich nämlich bei 6000 M. Konventionalstrafe verpflichtet, keinerlei Zugeständnisse zu machen gegen die Brauerei-Arbeiterorganisation. Freitag früh stellen die Arbeiter der anderen Geschäfte ihre Forderung.

In Hildburghausen haben wegen Maßregelung der Vertrauensleute sich sämmtliche dort beschäftigten Glasarbeiter veranlaßt gefühlt, ihre Kündigung einzureichen. Es sind im ganzen 74 Glasarbeiter mit Ausschluß der Lehrlinge, darunter 58 Mann organisirt. Für die Unternehmer handelt es sich darum, die Organisation zu zerstören. Denn stets werden wegen des geringsten Versehens die Vertrauensleute entlassen. Ganz besonders schwer wird den Arbeitern der Kampf dadurch, daß sämmtliche Glasarbeiter Fabrikwohnungen innehaben, welche dieselben nun sofort verlassen müssen. Hier zeigt sich wiederum der Segen der von den Fabrikanten so viel gepriesenen Wohlfahrtseinrichtungen. Alle Sendungen sind an Georg Kupfer, Hildburghausen, Knappengasse 159 zu richten.

Auch in Wirges (Westerwald) sind ernste Differenzen ausgebrochen; sämmtliche dort beschäftigten Glasarbeiter, 300 an der Zahl, haben beschlossen, falls die Maßregelungen nicht zurückgenommen werden, die Arbeit einzustellen. Leider haben auch hier die meisten Arbeiter dem Fabrikanten gehörige Wohnungen inne. Vor allen Dingen verlangen wir von den Kollegen des In- und Auslandes, keine Arbeitsangebote nach diesen beiden Orten zu machen. Geschieht dies nicht, so dürfte der Sieg, noch ehe es zum eigentlichen Kampf kommt, der unsere sein.

Die Geschäftsleitung
des Verbandes der Glasarbeiter.

Die Düsseldorfer Dachdeckergehilfen haben den Meistern einen neuen Lohntarif unterbreitet. Die Dachdeckermeister haben bis auf einige wenige kleinere Unternehmer denselben genehmigt. In den Betrieben, in denen die Forderungen nicht genehmigt wurden, haben die Gehilfen die Arbeit niederlegt und sind abgereist, sodaß es zu einem eigentlichen Ausstande nicht kommen wird.

Ueber einen Bergarbeiterausstand im Saarrevier wissen bürgerliche Blätter zu berichten: Zum Streik auf Grube Kleinrosseln bei Saarlouis, wo 500 Arbeiter ausständig sind, wird gemeldet, daß der Streik weitere Ausdehnung anzunehmen droht. Die arbeitenden Arbeiter wurden durch Streikende gewaltsam an der Arbeit verhindert, wobei es zu Thätlichkeiten kam. Vier Streikende wurden verhaftet und ins Gefängniß nach Forbach gebracht. Ein zahlreiches Gendarmerie-Aufgebot wurde ins Streikrevier entsandt.

Der Dresdener Zimmererstreik, der kaum beendet ist, hat auch schon wieder ein Opfer gefordert. Vom Dresdener Schöffengericht wurde ein am Streik betheiligt gewesener Zimmerer zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er andere Arbeiter zum Streiken zu bewegen versucht und dabei „bedroht" haben soll.

Die Zwickauer Polizei hatte bekanntlich den dortigen Zimmererstreik für beendet und das Streikkomitee für aufgelöst erklärt. Gegen diese Polizeithat hat eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung energisch protestirt und beschlossen, bis zur höchsten Instanz Beschwerde zu führen. — In der gleichen Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, auf grund des abgeänderten Vereinsgesetzes wieder ein Gewerkschaftskartell zu gründen.

Die Tischlergesellen von Zwickau wollen Sonnabend, den 30. Juli, allen Meistern kündigen, die ihre Forderungen — 10 pCt. Zuschlag im Stundenlohn und im Akkord und 61stündige Arbeitszeit pro Woche — nicht bewilligen.

Unternehmer-Verbände.

Der Bezirksverband der Tischler-Innungen von Schleswig-Holstein und Lübeck, welcher in Husum tagte, erklärte sich mit Majorität für die Zwangs-Innungen, weil die Zwangsorganisation der Handwerke das Lehrlingswesen in ordnungsmäßige Verhältnisse zwinge, die Hebung der Standesehre fördere und die Kräfte des deutschen Handwerks vereinige, um die noch ausstehenden Forderungen zu erreichen.

Eine große Protestversammlung der Wollwaaren-Fabrikanten gegen den drohenden Wollzoll wird am 30. August d. J. in Leipzig im Restaurant „Eldorado", einberufen vom Zentralverein der Deutschen Wollwaaren-Fabrikanten, abgehalten werden. Nach Mittheilung der „Korrespondenz für Textil-Industrie" ist schon jetzt die Theilnahme der weitesten Kreise nicht

nur aus der Wollwaaren-Industrie selbst, sondern auch aus denen des Wollhandels gesichert. Ferner soll die Theilnahme hervorragender Parlamentarier an den Verhandlungen in Aussicht stehen.

Ausland.

Aus Budapest wird berichtet: In der Militär-Patronenfabrik streiken 50 Arbeiter. Es ist wahrscheinlich, daß es zu einem allgemeinen Streik sämmtlicher Arbeiter kommt.

Aus der Schweiz. In Genf sind nach Beendigung der Bauarbeiter-Kampagne die Bäckergehilfen in eine Bewegung eingetreten, welche die Beseitigung zahlreicher Mißstände bezweckt, eine Beseitigung der schlechten Betten, der unsauberen Aborte, der ungesunden Schlafzimmer ꝛc. Ferner verlangen sie, an den Sonntagen von 8 Uhr morgens an frei zu sein. — In Burgdorf streiken 60 Schreiner und Zimmerer, weil ihnen der geforderte Zehnstundentag nicht bewilligt wurde. — In Zürich haben die meisten kleinen Spenglermeister die von den Gehilfen geforderte höhere Entschädigung für auswärtige Arbeiten bewilligt, während die größeren Meister sie ablehnten.

Der schweizerische Holzarbeiterverband hat eine sozialstatistische Erhebung unter seinen Mitgliedern vorgenommen, die sich auf 561 Geschäfte mit 5656 Arbeitern erstreckte. Davon sind 1471 Möbelschreiner, 2512 Bauschreiner, 1212 Zimmerer, 123 Drechsler, 49 Bildhauer, 61 Glaser und 228 sonstige Holzarbeiter. 3080 waren ledig, 2570 verheirathet, welch letztere 4861 Kinder hatten. Dem Alter nach standen 443 unter 20 Jahren, 2821 von 20 bis 30, 1528 von 30 bis 40, 604 von 40 bis 50 Jahren und 260 waren über 50 Jahre alt. Die Arbeitszeit beträgt in 5 Geschäften mit 168 Arbeitern 9½ Stunden, in 385 mit 4478 Arbeitern 10, in 5 mit 17 Arbeitern 10¼, in 68 mit 370 Arbeitern 10½, in 1 mit 20 Arbeitern 10¾, in 86 mit 562 Arbeitern 11 und in 11 Geschäften mit 44 Arbeitern über 11 Stunden. Der Durchschnittslohn beträgt 45 Cts. pro Stunde; der höchste Stundenlohn beträgt 60 Cts., der niedrigste 25 Cts. Im Akkord arbeiten 988 Arbeiter in 108 Geschäften; der Durchschnittslohn derselben beträgt 50 Cts., der höchste 70 und der niedrigste 35 Cts. 330 Werkstätten sind gesund, 231 ungesund. 118 Meister mit 362 Arbeitern geben denselben noch Kost und Logis, die bei 38 Meistern gut, bei 69 annehmbar und bei 11 schlecht und theuer sind. 145 Geschäfte hatten Maschinen mit 2003 Pferdekräften. Unfälle kamen 535 vor. Lehrlinge waren in den 561 Geschäften 526, Arbeiterinnen in 2 Geschäften 10 beschäftigt. Von den 561 Meistern gehören 218 ihren Meisterorganisationen an, von den 5656 Arbeitern sind 1822 bei der Gewerkschaft; die Meister sind demnach relativ wesentlich besser organisirt als die Arbeiter.

Französische Streiks im Juni 1898. Das Arbeitsamt verzeichnet im Juni 25 Streiks mit 2827 Theilnehmern gegenüber 40 Streiks mit 15 390 Theilnehmern im gleichen Monat des Vorjahres. Die durchschnittliche Zahl der Juni-Streiks betrug in den letzten fünf Jahren 52. Der Rückgang der Streikbewegung im ersten Halbjahr 1898 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahre 1897 beziffert sich auf 10 Streiks, 192 gegen 202. Gegenüber der Durchschnittszahl der Streiks in den ersten sechs Jahresmonaten seit 1893 beträgt der Rückgang 93 Streiks. Ueberhaupt ist die Zahl der Streiks im ersten Halbjahr 1898 die geringste, die seit 1893, dem Beginn der Streikstatistik, verzeichnet wurde. Die Ursachen dieser Erscheinung sind bereits wiederholt gekennzeichnet worden bei der Besprechung des Rückganges der Streikbewegung in den früheren Monaten des laufenden Jahres. Ziffernmäßig treten jene Ursachen zum Vorschein in der Handelsstatistik für das erste Halbjahr 1898, in welchem die französische Ausfuhr um 118 207 000 Franks gegenüber dem ersten Halbjahr 1897 zurückging. Und zwar sind die Fabrikate an diesem Rückgang mit 64 795 000 Franks betheiligt. Von den 25 Juni-Streiks erstreckten sich nur 6 mehr als auf einen Betrieb. Die Ursachen der Streiks waren: Lohnerhöhungs-Forderung in 13, Abwehr gegen Lohnherabsetzung in 3, Forderung einer Lohnerhöhung und zugleich einer Verkürzung der Arbeitszeit in 1, Personalfragen in 6 Fällen u. a. m. Ausgang von 20 Juni-Streiks und 2 vorher begonnenen: 4 Erfolge, 8 Ausgleiche und 10 Mißerfolge.

Soziales.

Der Neun-Uhr-Ladenschluß in Lüneburg scheint gesichert. Der Handelsverein macht bekannt, daß sich nunmehr alle Ladeninhaber zum Schluß um 9 Uhr bereit erklärt hätten. Am 1. August soll damit begonnen werden.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise erläßt soeben die Einladung zu der am 27. September cr. in München stattfindenden V. Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz. Die Tagesordnung enthält folgende Gegenstände: 1. Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirthschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen? (Referenten: Dr. Naumann-Hamburg, Bürgermeister Thoma-Freiburg i. Br., Assessor Dr. Trenter-Halle a. S.). 2. Arbeitsnachweis-Statistik. (Referenten: Direktor Dr. Bleicher-Frankfurt a. M., Privatdozent Dr. Jastrow-Berlin). 3. Empfiehlt sich die Gebührenfreiheit bei der Arbeitsvermittelung? (Referent: Geheimer Oberfinanzrath Fuchs-Karlsruhe.) 4. Die Arbeitsvermittelung für weibliche Personen und Dienstboten (Referent: Rechtsrath Dr. Menzinger-München). 5. Die Errichtung von Arbeitsnachweisen in kleineren Orten. (Referent: Domvikar Groll-Münster.) Auf dem Programm steht ferner die Besichtigung der Einrichtungen des städtischen Arbeitsamts München und der 2. Kraft- und Maschinen-Ausstellung unter sachverständiger Führung. Auch soll eine Ausstellung von Arbeitsnachweis-Statuten, Jahresberichten und Formularen stattfinden. Anmeldungen für die Theilnahme sind an den Vorstand des Verbandes Berlin C, Klosterstraße 41, zu richten.

Das Wühlen der Bäckermeister gegen das Bischen Bäckerschutz geht weiter. Der 18. Verbandstag des Unterverbandes Westfalen des Zentralverbandes Deutscher Bäcker-Innungen „Germania" hat auf seiner in Münster i. W. stattgehabten Tagung beschlossen, „dem hohen Bundesrathe die dringende Bitte zu unterbreiten, im Interesse der Erhaltung des mittleren und kleinen Betriebes, des guten Einvernehmens zwischen Meistern und Gesellen und zur Förderung der inneren Ruhe und Zufriedenheit im Gewerbe selbst die Bestimmungen der Verordnung vom 4. März 1896, betr. die Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien, dahin zu mildern, daß eine tägliche ununterbrochene Ruhezeit von neun Stunden, oder aber ein Wochenturnus von 83 Arbeitsstunden an stelle der zulässigen 12ständigen Arbeitszeit festgestellt wird.

Versammlungen.

Die Zimmerer der zentralen Richtung von Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Pankow und Weißensee hielten am Donnerstag eine außerordentliche Versammlung ab, um über die Mittel zur allgemeinen Durchführung des 60 Pfennig-Stundenlohnes zu berathen. Nach den Ausführungen des Referenten Kube haben sich die Lohnverhältnisse im Zimmerergewerbe seit einem Jahre für die Arbeiter recht ungünstig gestaltet. Durch die Platzkontrolle im September vorigen Jahres wurden noch 326 Unternehmer ermittelt, die an ca. 2300 Zimmerer 60 Pf., und nur 96 Unternehmer, bei welchen 1414 Zimmerer beschäftigt waren, die einen Stundenlohn unter 60 Pf. bezahlten. Die im Anfang dieses Sommers vorgenommene Kontrolle, die, obwohl sie sich nur auf 398 Unternehmer erstreckte, bei welchen zusammen 3425 Zimmerer beschäftigt waren, und trotzdem die Kontrolle einige Monate zurückliegt, entspricht sie doch im allgemeinen auch den gegenwärtigen Verhältnissen, hat ein wesentlich ungünstigeres Bild ergeben. Danach wurden nur 219 Unternehmer mit 1587 Gesellen ermittelt, die einen Stundenlohn von 60 Pf. bezahlten, während 32 Unternehmer an 256 Gesellen Klassenlöhne von 57½ bis 60 Pf. bezahlten. Bei 147 Unternehmern waren 1582 Zimmerer beschäftigt, wovon ein geringer Theil einen Lohn von 57½ bis 60 Pf. erzielte und die übergroße Mehrzahl zu 55 Pf., ja sogar für 52½ und 50 Pf. arbeitete. Im ganzen waren 8 Zimmerer zu einem Stundenlohn von 65 Pf., 15 zu 62½, 1697 zu 60, 1209 zu 55, 26 zu 52½ und 18 Zimmerer zu einem Stundenlohn von 50 Pf. beschäftigt. Von diesen 3425 Zimmerern waren 1192 im Verband, 799 im Verein organisirt und 1434 gehörten keiner Organisation an. Festgestellt ist durch diese Kontrolle, daß das Unternehmerthum die Nothlage der Arbeiter durch die außerordentlich große Arbeitslosigkeit, die bis zum Sommer andauerte, redlich dazu benutzt hat, die Löhne zu reduziren. Vorzüglich zu statten kam dem Unternehmerthum dabei die Zerfahrenheit der Zimmerer in bezug auf die Organisationsverhältnisse und die darauf zurückzuführende Unthätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen. Der Redner wies darauf hin, daß, obwohl der Arbeitsnachweis, der, um die Bestrebungen der Arbeiter illusorisch zu machen, von den Unternehmern ins Leben gerufen wurde, insbesondere in der günstigeren Konjunktur bedeutungslos ist, doch die Lohnkämpfe in Zukunft sich für die Arbeiter nach dem festen Zusammenschluß der Unternehmer weit schwieriger gestalten werden. Die Bauthätigkeit hat sich in letzter Zeit bedeutend gehoben, ist gegenwärtig eine sehr rege und wird bestimmt von längerer Dauer sein, sodaß, wenn überhaupt an die allgemeine Durchführung des 60 Pfennig-Stundenlohnes gedacht werden soll, für die Bewegung jetzt der geeignetste Moment gekommen ist. Nach einer langen Diskussion, in der von den zahlreichen Rednern alle hierbei in betracht kommenden Umstände eingehend erwogen wurden und in der angeführt wurde, daß sich voraussichtlich die im Verein organisirten Kameraden der Bewegung anschließen und solidarisch erklären werden, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Durch die fortgesetzte Weigerung einer Anzahl hiesiger Unternehmer im Zimmerergewerbe, den von der Mehrzahl derselben gezahlten Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde auch in ihren Betrieben einzuführen, erblicken die im Zentralverbande organisirten Zimmerer Berlins und der Umgegend eine schwere Schädigung ihrer wirthschaftlichen Interessen; und zwar nicht allein darin, daß den von diesen Unternehmern beschäftigten Zimmerern der wirklich verdiente Lohn vorenthalten wird, sondern vielmehr auch darin, daß ein derartiges Verhalten geeignet ist, diejenigen Unternehmer, die die gerechten Forderungen der Zimmerer bewilligt haben, zu veranlassen, Lohnabzüge vorzunehmen. In anbetracht dessen und in weiterer Erwägung, daß zur Zeit eine günstige Bauthätigkeit vorhanden ist, welche voraussichtlich längere Zeit anhält, beschließt die am 28. Juli tagende Versammlung der Zahlstellen des Verbandes der Zimmerer Deutschlands von Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Pankow und Weißensee: 1. Ueberall, wo gegenwärtig der Neunstundenlohn von 60 Pfennigen nicht gezahlt wird, mit Nachdruck für die Einführung desselben einzutreten und ist, wenn nicht anders, die Arbeit dort niederzulegen. Mit der Maßgabe jedoch, daß die Arbeitseinstellung auf allen Plätzen nicht an einem bestimmten Tage zu geschehen braucht und unter der Voraussetzung, daß sich die Mehrzahl der auf einer Arbeitsstelle beschäftigten Kameraden dazu bereit erklären. Ist dies nicht der Fall, so ist eine dementsprechende Agitation zu betreiben, um bei geeigneter Zeit dem heutigen Beschlusse Geltung zu verschaffen. 2. Der übliche Unterstützungssatz von 2 M. pro Tag und für jedes Kind wöchentlich 1 M. wird beibehalten. 3. Der Vorstand wird ermächtigt, wenn es sich als nothwendig erweist, die Beiträge zum örtlichen Fonds auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen und sind diese Marken von einem vom Vorstande zu bestimmenden Tage ab in Umlauf zu setzen." Im weiteren wurde beschlossen, das Bureau von jeder Arbeitseinstellung in Kenntniß zu setzen, um eventuell von diesem zu den Verhandlungen Personen hinzuzuziehen.

Die Möbelpolirer hielten am 25. Juli bei Möhring, Admiralstr. 18c, ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Genosse Massatsch referirte über „Ein konservativer Professor über die sozialen Aufgaben moderner Staaten", welcher von der gut besuchten Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Unter Verschiedenem kritisirten Schulz und Höfer die Haltung und die Schreibweise der „Einigkeit". Es gelangte eine Resolution zur Annahme, worin die Haltung der „Einigkeit" zur Abrechnung über den Streik der englischen Maschinenbauer als inkorrekt bezeichnet wird.

Die Mitglieder des Verbandes der in Buchbindereien ꝛc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 25. Juli ihre ordentliche Generalversammlung ab. Laut dem von Brückner gegebenen Geschäftsbericht fanden im zweiten Quartal dieses Jahres eine ordentliche General- sowie drei Mitglieder-Versammlungen statt. Die Bevollmächtigten erledigten ihre Geschäfte in 9 Sitzungen. Hieran schloß sich ein kurzer Bericht über die Thätigkeit der verschiedenen Branchen-Vertrauensleute. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des zweiten Quartals 1249 männliche, 655 weibliche, zusammen 1904 Mitglieder. Den Kassenbericht gab H. Lemfer. Die Abrechnung für die Zentralkasse weist eine Einnahme von 5732,65 M., eine Ausgabe von 2111,88 M. auf. An den Verbandskassirer wurden 3620,77 M. abgeführt. Die Abrechnung für die Lokalkasse weist einen Bestand vom 1. Quartal von 1856,54 M., eine Einnahme vom 2. Quartal von 1185,99 M., und eine Ausgabe von 1089,92 M., mithin am Schluß des zweiten Quartals einen Lokalkassenbestand von 1952,61 M. auf. Dem stellvertretenden Kassirer wurde Decharge ertheilt. Kroner gab hierauf den Bericht der Bibliothekkommission, wonach sich Einnahme wie Ausgabe mit 42,60 M. decken. Der Bücherbestand umfaßte am 1. Juli 619 Bände, welche 465 mal von männl. und 300 mal von weibl. Mitgliedern benutzt wurden. Die Kommission wurde gleichfalls entlastet. Bergmann gab den Bericht vom Arbeitsnachweis wie folgt: Arbeitslos gemeldet waren: Buchbinderei 255, davon 185 weibl., Lederwaaren 11 männl., 17 weibl., Karton 3 männl., 1 weibl., Luxuspapier 6 weibl., diverse Branchen 27 männl., 19 weibl. Personen, vom ersten Quartal mit übernommen 41 männl. Personen, zusammen 337 männl. und 228 weibl. Personen. Verlangt wurden Buchbinderei: 119 männl., 185 weibl., Lederbranche: 25 männl., 14 weibl., Karton: 6 männl., 9 weibl., Luxuspapier: 11 männl., 6 weibl., diverse Branchen: 14 männl., 31 weibl., zusammen: 175 männl., 245 weibl. Personen. Außerdem zur Aushilfe bis 1 Tag: 171 männl., 4 weibl., bis 3 Tagen: 4 männl., 1 weibl., bis 8 Tagen; 3 männl. Personen. Eingestellt wurden: Buchbinderei: 98 männl., 109 weibl., Lederbranche: 9 männl., 5 weibl., Karton: 2 männl., 2 weibl., Luxus: 11 männl., 2 weibl., diverse Branchen: 8 männl., 12 weibl., zusammen: 128 männl., 130 weibl. Personen. Ferner wurden zur Aushilfe bis 1 Tag: 175 männl., 2 weibl., bis 3 Tagen: 1 männl., bis 8 Tagen: 3 männl. Personen eingestellt. Unter den eingelaufenen Stellen waren 8 von außerhalb gemeldet, wovon 5 besetzt werden konnten. Zum Kassirer wurde Kollege H. Lemfer gewählt. Christian gab die Abrechnung vom Pfingstvergnügen, wonach die Einnahme 534 M., die Ausgabe 537,79 M., also ein Ueberschuß von 16,21 M. zu vermerken ist. Als Mitglieder für die Vergnügungskommission wurden Keßler und Lotze gewählt, ferner zu Revisoren Schlopper und Scholz. Zu Hilfskassirern wurden Dreher, Gutsch, Spitzner, Lank, Ladeburg, Tomanek und Pollack gewählt.

Vom Vertrauensmann der Marmor- und Granitarbeiter geht uns folgendes zu: In dem Bericht über die letzte Versammlung der Marmor- und Granitarbeiter in der Nummer vom Donnerstag sind dem Berichterstatter einige Irrthümer unterlaufen. Da dieselben geeignet sind, Unwillen in den betheiligten Kreisen zu erregen, bitte ich noch um Veröffentlichung des folgenden: Es heißt da auf Zeile 25: „Reibereien zwischen den Mitgliedern" u. s. w. Dazu ist zu bemerken: Reibereien zwischen den Mitgliedern beider Filialen existiren überhaupt nicht. Es wurde nur bekannt gegeben und sehr scharf gerügt, daß Marmor-Steinmetzen ihre Beitragsmarke jetzt, nachdem Filiale II die Beiträge prozentual erhebt, aus der Filiale I entnehmen. Aus diesem Grunde wurde die Einberufung einer kombinirten Versammlung beschlossen.

Der Krieg.

Die Friedensverhandlungen werden fortgeführt. Nach einer Meldung aus New-York vom 29. Juli wird die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Note Spaniens am Sonnabend dem französischen Botschafter überreicht. Die Antwort ist von Mac Kinley und dem Staatssekretär Day so gefaßt, daß Spanien sofort antworten muß. Mac Kinley will dadurch vermeiden, daß irgend eine europäische Macht sich in die Friedensverhandlungen einmische.

Die Stimmung in Spanien. Wie aus Madrid depeschirt wird, hat die Nachricht von der Eröffnung der Friedensverhandlungen in ganz Spanien eine befriedigende Aufnahme gefunden. Man erwartet eine zustimmende Kundgebung der Bevölkerung, sobald es sich herausstellen wird, daß Spanien die Oberherrschaft über die Philippinen behält, und daß die Vereinigten Staaten von Spanien keine Kriegsentschädigung verlangen.

Sagasta erklärte die bereits eingetroffenen amerikanischen Friedensbedingungen für annehmbar und hofft auf einen raschen und guten Verlauf der Verhandlungen.

Die karlistische Bewegung ist bisher nicht von Erfolg gekrönt gewesen, weil die Karlisten unter sich uneinig sind.

Der Karlistenführer Arceier ist wegen Aufreizung zum Aufruhr verhaftet worden.

Auf dem Kriegsschauplatz. Eine spanische Depesche meldet aus Portorico, der Feind stehe bei Guanica noch immer in den alten Stellungen. Mehrere amerikanische Kriegs- und Transportschiffe kreuzen rings um die Insel.

Der Korrespondent des „New York Journal" meldet aus St. Thomas, daß die spanischen Freiwilligen bei Ponce auf Portorico widersetzlich werden; sie haben gegen ihren Führer revoltirt und weigern sich, gemeinsam mit den regulären Truppen dem Angriff der Amerikaner entgegenzutreten.

Admiral Camara hat dem spanischen Marineminister telegraphisch gemeldet, daß er mit seinem Geschwader in Cadiz vor Anker gegangen sei.

* * *

Da die Annektion Portorico's durch die Vereinigten Staaten bevorzustehen scheint, so dürfte ein Artikel über die wirthschaftliche Bedeutung der westindischen Insel, der sich im Juliheft des englischen Handelsamts-Journals (Board of Trade Journal) findet, von Interesse sein.

Portorico hat danach zwar nicht so mannigfaltige natürliche Hilfsquellen wie Kuba, indeß sei es „eine der reichsten Kolonialbesitzungen der Welt." Der Boden sei fast überall sehr fruchtbar, das Klima mild, die Flüsse seien zum theil noch fünf bis sechs englische Meilen von der Mündung aus schiffbar.

Von den Mineralstätten verspricht man sich nichts. Die Wälder, die im Innern viel Edelholz bergen sollen, seien wegen der schlechten Verkehrsmittel noch schwer auszubeuten; Bauholz beziehe man deshalb von den Vereinigten Staaten und Kanada.

Von den 3600 Quadratmeilen der Insel sind 3171 landwirthschaftlich benutzt, davon weit über die Hälfte zur Weide. Die eigentliche Anbaufläche wechselt sehr, da die Zucker- und Tabak-Anpflanzungen nach den erzielten Preisen wesentlich eingeschränkt oder ausgedehnt werden. Der Kaffeebau ist stabiler. Dazu kommt etwas Kakao, fast ausschließlich für den örtlichen Konsum — ferner die Maisernte, die bei hohen Preisen zu beträchtlichen Mengen anwächst.

Die Zuckerproduktion, bisher der hervorragendste Erwerbszweig, sou unter der Rübenzuckerkonkurrenz schwer gelitten haben, sodaß viele Felder verlassen oder anderweit benutzt sind. Zum theil soll die Schuld jedoch auch an der spanischen Landbesteuerung und an der Rückständigkeit der Fabriken liegen.

Der Kaffee von Portorico soll in New-York und auf anderen Märkten einen hohen Preis erzielen. Auf seine Erzeugung dürfte sich das amerikanische Kapital in erster Linie werfen, zumal da sie im Verhältniß zum Zucker weniger Kapital und Arbeit verlangt. Kleine Pflanzer, ohne alle Geldmittel, bauen heute vielfach den Kaffee auf den wilden und wüsten Hängen der Bergzüge.

Auch der Tabak, der heute schon in Blättern und Zigarren viel nach den Vereinigten Staaten, Spanien, Frankreich und England, sogar nach Kuba geht, soll einer „enormen Entwickelung" fähig sein, wenn man mit der alten Nachlässigkeit bricht, welche den Ruf des Produktes von Portorico schwer geschädigt hat.

Die Städte zeigen kaum irgend welchen Ansatz von gewerblichem Leben. Von Eisenbahnen und Kleinbahnen sind nur ganz schwache Anfänge vorhanden; die Wege sind fast alle während der Regenzeit unpassirbar. Als Häfen mit immer sicheren Ankerplätzen werden Guanica und Hovas an der Südküste, und San Juan, die Hauptstadt, an der Nordküste bezeichnet. Der Handel wird überwiegend von spanischen Schiffen betrieben.

Für das amerikanische Kapital würde sich also hier kein unbeträchtliches Anlage- und Thätigkeitsfeld bieten.

Die Bevölkerung wurde 1890 auf 810 934 angegeben, darunter 350 000 Weiße, die übrigen Mulatten und Neger. —

* * *

Weltpolitische Stimmungen in den Vereinigten Staaten. Der spanisch-amerikanische Krieg hat in den Vereinigten Staaten einen nicht unbeachtlichen Umschwung eines Theiles der öffentlichen Meinung bewirkt. Kräftiger tritt das Streben hervor, die alte Neutralitätspolitik aufzugeben, und, über den Rahmen der Monroe-Doktrin hinausgehend, den amerikanischen Einfluß auch in Fragen der internationalen Weltpolitik geltend zu machen. Für ein energisches Eingreifen in Ostasien tritt jetzt ein Theil der amerikanischen Presse ein und der Präsident des Senats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Mr. Davis, hat soeben in Saint Paul (Minnesota) eine sehr kräftige Rede in diesem Sinne gehalten. Er führte u. a. aus:

Die Vereinigten Staaten müßten ein wirksames Element der Lage in Asien werden. Es sei jetzt offenbar, daß die Vereinigten Staaten eine große Flotten- und Militärmacht sein werden. Gewisse Vertreter der öffentlichen Meinung Europa's, welche bis vor kurzem herablassend von einer Einmischung in den gegenwärtigen Streit gesprochen hätten, hätten die stolze Höhe ihrer Ausdrücke bereits gemildert. Bezüglich der gebesserten Beziehungen zu England sagte Davis, der Wechsel in der Gesinnung sei jetzt deutlich wirksam und die 125 Millionen Menschen englischer Zunge, die in allen Theilen der Welt die parlamentarische Regierungsform mit dem nothwendigen Zubehör der persönlichen Freiheit durchgeführt hätten, seien unter dem Drucke der großen Entwickelung der Menschheit in freundschaftlicher Annäherung aneinander begriffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 29. Juli. (W. H.) Der „K. Ztg." wird aus Berlin telegraphirt, daß die russischen Zollerhöhungen, welche heute in kraft treten sollten, so lange noch ausgesetzt werden, bis die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland zu einem endgiltigen Ergebniß geführt haben.

Wien, 29. Juli. (W. H.) Die antisemitischen Blätter verbreiten neuerdings das Gerücht von einer partiellen Ministerkrisis. Baernreither und Witten sollen beabsichtigen, zurückzutreten.

Budapest, 29. Juli. (W. H.) Baron Banffy soll bereits die kaiserliche Ermächtigung haben, in der Angelegenheit des Ausgleichs selbständige Verfügungen zu treffen.

Budapest, 29. Juli. (W. H.) In dem Zipser Komitat ist in den letzten Nächten starker Frost eingetreten.

Paris, 29. Juli. (W. T. B.) Die Staatsanwaltschaft erklärte den Untersuchungsrichter bezüglich der Klage des Obersten Picquart gegen den Major du Paty de Clam deshalb für unzuständig, weil du Paty aktiver Offizier sei. Trotzdem fällte Bertulus seine Entscheidung dahin, daß der Untersuchungsrichter in Sachen der Speranza-Telegramme zuständig sei, da Madame Pays in die Angelegenheit verwickelt ist. Picquart wird gegen die Entscheidung von Bertulus Berufung einlegen, weil er wünscht, daß alle Fälschungen, welche er Paty du Clam vorwirft, Gegenstand der Verhandlungen seien. Ebenso wird die Staatsanwaltschaft dagegen mit der Begründung der allgemeinen Unzuständigkeit Berufung einlegen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage.

Nr. 176. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Sonnabend, 30. Juli 1898.

Kommunales.

Aus der Magistratssitzung am Freitag. Dem bereits mitgetheilten Entwurfe einer Polizei-Verordnung wegen anderweitiger Regulirung der Müllabfuhr in Berlin hat das Magistrats-Kollegium seine Zustimmung ertheilt.

Gegen die beabsichtigte Verlegung der kgl. Bibliothek nach Charlottenburg will das Magistrats-Kollegium beim Kultusminister vorstellig werden und bei demselben dringend um das Verbleiben des genannten Instituts in Berlin sich verwenden.

Der Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, zu der am 27. September d. J. in München stattfindenden ersten Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz eine Abordnung zu entsenden. Das Magistratskollegium hat beschlossen, zu diesem Behufe den Stadtrath Münsterberg und den Magistrats-Assessor Dr. Freund zu entsenden.

Auf Antrag der städtischen Gas-Deputation hat das Magistratskollegium beschlossen, die Siegesallee von der Siegessäule bis zum Kemperplatz durch elektrisches Licht zu beleuchten. Es soll je ein Kandelaber von 7 Metern Höhe zwischen je zwei der daselbst aufgestellten Denkmäler, also 22 Stück errichtet werden. Was sagt die Stadtverordneten-Versammlung dazu?

Die Steigung der Rampe zur Lützow-Brücke auf dem rechten Spree-Ufer an der Königin Augustastraße, welche 1:8 beträgt, hat schon zu manchen Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben und ist sehr wohl geeignet, namentlich im Winter beim Glatteis Unglücksfälle herbeizuführen. Der Magistrat hat nun auf Vorschlag seiner Baudeputation beschlossen, die Rampe durch eine Treppenanlage (etwa 8 Stufen) zu ersetzen, sodaß in keiner Weise der durchgehende Verkehr beeinträchtigt wird. Im Anschluß hieran soll die Umpflasterung der Königin Augustastraße von Hohenzollern bis v. d. Haidtstraße in Asphalt zur Ausführung gebracht worden.

Lokales.

Achtung, erster Wahlkreis! Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß morgen, Sonntag, den 31. Juli ein Familienausflug nach „Pferdebucht" bei Köpenick stattfindet. Abfahrt morgens 9 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Der Vorstand.

„Ferienmilch". Uns wird geschrieben: Die Ferienmilch für die Schweine, das ist die Parole unserer Milch-Großhändler während der Reise- und Schulferienzeit, in der sie nicht im stande sind, die großen Milchmassen, die sonst täglich in Berlin verbraucht werden, an den Mann zu bringen.

Wir stehen hier vor einem eigenartigen, wirthschaftlich noch wenig gewürdigten Probleme. In allen großen Städten und vor allem in Berlin müssen die Milch-Großhändler, deren Kundenkreis sich während der Ferienzeit sehr erheblich verringert, einen großen Theil der Milch weggießen oder an die Schweine verfüttern, soweit sich nicht ein Theil noch durch Butter- oder Käsebereitung verwerthen läßt. Man sollte nun glauben, die Großhändler müßten versuchen, jenen Milchüberschuß, der für Berlin Tausende von Litern beträgt, irgendwo billiger an den Markt zu bringen, aber alle darüber bisher gepflogenen Erörterungen haben zu einem brauchbaren Resultat, wie wir hören, nicht geführt. Denn erstens wollen die vornehmen Großhändler sich für die 4—6 Wochen keine besondere Mühe geben, ihr Milchmaterial nach verbrauchsbedürftigen Stellen zu leiten, und zweitens stehen einem leichten, billigeren und schnellen öffentlichen Verkauf, wie in so vielen anderen Dingen, die üblichen Polizeimaßnahmen im Wege. — Hier fehlt also eine Zentral-Einrichtung, die diesen Nahrungsmittel-Ueberschuß nutzbar zu machen verstände. Da es sich hier um ein Getränk handelt, daß den Interessen der Arbeitgeber nicht zuwiderläuft, so wäre es z. B. denkbar, nach Uebereinkunft mit großen Fabrikbesitzern auf ihren Höfen täglich auf kurze Zeit Milch-Abnahmestellen einzurichten, wo den Arbeitern, die für sich oder ihre Familie Milch beziehen wollen, während dieser Ferienzeit vielleicht für die Hälfte des sonstigen Preises „Ferienmilch" geliefert würde. Besonders wäre vielen Arbeiterinnen damit eine Wohlthat an stelle des elenden Kaffees zu erweisen und wohl auch manchem Arbeiter, der Milch vertragen kann — nicht jeder kann es — würde bei der Art seines Berufes an stelle des erhitzenden Bieres in der heißen Zeit mit Milch gedient sein. Aber auch solcher Milchvertrieb für kurze Zeit, bei dem es darauf ankommt, eine große Zahl von Fabriken vorübergehend als Kunden zu gewinnen, sie schnell, pünktlich und ohne Betriebsstörung zu bedienen, bedarf eines geschickten, erfahrenen und auch über Kapital verfügenden Unternehmers, denn hier sind auch eine Anzahl Interessen-Fragen zu berücksichtigen.

Wie man aber auch die geschäftliche Seite der Sache lösen mag, immerhin ist unter heutigen Verhältnissen doch die Verwerthung der Ferienmilch für darbende Menschen anstatt für Schweine eine Frage von allerhöchstem Interesse; vielleicht dient diese Anregung dazu, den Arbeitern zu nützen.

Berlin, wie es baut und kracht. Der ehemalige Vergnügungs-Park in der Hasenhaide scheint sich zu einem Vergnügungsorte eigner Art auswachsen zu wollen. Wie wir vor einigen Tagen berichteten, läßt die Mecklenburger Bank das Terrain jetzt bebauen. Es ist auf dem Grundstück Parzelle 25 zu einem erheblichen Krach gekommen, indem die nichtbezahlten Handwerker ihre gelieferten Waaren aus dem Hause wieder entfernten, soweit dies angängig war. Dasselbe anmuthige Schauspiel hat sich nunmehr auf dem Grundstück Parzelle 5 wiederholt. Am Donnerstag, in der sechsten Abendstunde, kamen wie der Blitz aus heiterem Himmel drei große Leiterwagen vor dem Hause vorgefahren, bemannt mit einigen nichtbezahlten Handwerksmeistern und den erforderlichen Hilfskräften, welche sich allesammt unverzüglich an die Aufräumungs-Arbeit machten. Im Schweiße ihres Angesichts schleppten die Braven Fenster, Thüren 2c., alles, was nicht nieth- und nagelfest war, was jedoch „zum Bau gehört", auf die Straße und im Handumdrehen waren die Wagen „reich beladen mit dem Raub". Das Publikum der dortigen Gegend, welches sich allgemach an derartige „kleine Scherze aus unserer großen Stadt" zu gewöhnen beginnt, verfolgte den Verlauf dieser nicht fruchtlosen Exekution mit sichtlichem Vergnügen und begleitete die schließliche Abfahrt des handwerksmeisterlichen Dreibundes mit lauten Hurrahrufen. Auch in diesem Falle handelte es sich um die letzte Baurate, deren Zahlung die Mecklenburger Bank sich weigerte. Dieses „Abfuhrmittel" scheint übrigens seine gewünschte Wirkung nicht zu verfehlen. Parzelle 25, die ausgeräumte, ist bereits wieder eingeräumt, ein Zeichen dafür, daß die Bank „berappt" hat. Hoffentlich bleibt auch bei Parzelle 5 diese Wirkung nicht aus.

Untergrundbahn. Der Polizeipräsident hat der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen auf ihre Auslassungen mitgetheilt, daß die gemachten Anführungen ihn nicht veranlassen, von seinem Standpunkte zurückzutreten. Ob der Plan der zukünftigen Ausbildung der Schnellverkehrswege in Berlin, bei dessen Erörterung namentlich auch in Frage kommen würde, ob die angeregte Verschmelzung der von der Firma Siemens u. Halske zu erbauenden elektrischen Hochbahn mit der Stadt und Ringbahn einen den erwachsenden Kosten entsprechenden Verkehrswerth hätte und sich zwischen dem Eisenbahn-Fiskus und der Hochbahn vereinbaren ließe, ausführbar und zweckmäßig ist, mag dahingestellt bleiben.

Der Ansicht, daß eine organische Verbindung von Hoch- und Untergrundbahnen zu vermeiden sei, vermag er sich nicht anzuschließen, vielmehr werde er sich die Förderung des vom Kaiser bereits zugebilligten Planes, die am Potsdamer Bahnhof unter dem Pflaster der Straße endigende Hochbahn als Unterpflasterbahn bis mindestens zur Gegend des Bahnhofes Friedrichstraße weiterzuführen, auch ferner sehr angelegen sein lassen.

Geflügelcholera. Das Polizeipräsidium theilt mit: Zur Verhütung der Verbreitung der Geflügelcholera wird auf grund des § 20 des Reichs-Viehseuchen-Gesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ in Verbindung mit dem § 56a Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896 (R.-G.-Bl. S. 685) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten und in Ergänzung der diesseitigen landespolizeilichen Anordnung vom 25. September v. J., Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Nr. 42 vom 15. Oktober v. Js. S. 402 (403) für den hiesigen Polizeibezirk und den Stadtkreis Charlottenburg folgendes angeordnet:

§ 1. Das Treiben von Handelsgeflügel wird verboten.

§ 2. Die Beförderung von Handelsgeflügel darf nur mittels der Eisenbahn oder auf Fuhrwerken oder in Käfigen, Kisten, Körben u. dergl. stattfinden. Diese Transportmittel müssen derartig eingerichtet sein, daß das Herabfallen von Einstreu und Koth verhindert wird. Zu diesem Zwecke müssen die Wände der zum Transport von Geflügel benutzten, in der Regel aus mehreren Etagen bestehenden Wagen mit Gitterwänden vom Boden jeder Etage aus bis zur Höhe von 15 Zentimetern dicht geschlossen sein.

§ 3. Die zur Beförderung von Handelsgeflügel benutzten Käfige, Kisten, Körbe 2c. sind nach jedesmaligem Gebrauch zunächst durch Entfernung der etwa vorhandenen Einstreu und Exkremente, dann durch Abwaschen aller mit dem verladen gewesenen Geflügel in Berührung gekommenen Theile mit heißer Sodalauge, die durch Auflösen von 100 Gramm Soda in 10 Liter heißen Wassers herzustellen ist, sorgfältig zu reinigen. Ist seuchenkrankes oder seuchenverdächtiges Geflügel mit den gedachten Transportmitteln befördert worden, so sind diese entweder durch Verbrennen zu vernichten oder aber nach Ausführung der vorstehend angegebenen Reinigung an allen Theilen, die mit dem Geflügel während des Transportes in Berührung gekommen sind, sorgfältig mit Kalkmilch zu bestreichen, die durch Auflösen von 500 Gramm Aetzkalk auf 10 Liter Wasser herzustellen ist. Es empfiehlt sich, vor der Wiederbenutzung der vorgedachten durch Anstrich mit Kalkmilch desinfizirten Geräthe den anhaftenden Kalk durch Abspülen 2c. zu entfernen. Die bei der Reinigung entfernten Massen von Einstreu und Koth sind durch Feuer zu vernichten oder mit Kalkmilch zu durchtränken.

§ 4. Die zur Beförderung von Handelsgeflügel benutzten Wagen sind nach jedesmaligem Gebrauch in der gleichen Weise, wie vorstehend angegeben, zu reinigen. Doch ist es gestattet, wenn an einem Tage derselbe Wagen einige Male zum Geflügeltransport benutzt wird, das Auswaschen des Wagens erst nach dem Ausladen der letzten an diesem Tage beförderten Ladung vorzunehmen; die Entfernung der Einstreu und des Kothes muß aber nach jeder Benutzung stattfinden. Jedenfalls darf am folgenden Tage der Wagen erst nach vollständiger Reinigung und Waschung zur Verladung von Geflügel benutzt werden. Ist auf einem Wagen Geflügel befördert worden, das mit der Geflügelcholera behaftet oder dieser Seuche verdächtig war, so ist die Reinigung und Desinfektion des Fuhrwerks in der vorstehend im § 3 angegebenen Art nach jedesmaliger Benutzung zur Ausführung zu bringen. Wird ein Wagen an demselben Tage einige Male zur Beförderung seuchenkranken oder seuchenverdächtigen Geflügels benutzt, z. B. zum Transport eines verseuchten Bestandes von einem Bahnhofe zu dem Absperrungsraume, so muß zwar nach jeder Benutzung die Entfernung der Einstreu und des Kothes aus dem Wagen und die unschädliche Beseitigung der entfernten Massen stattfinden, doch darf in solchem Falle die Waschung mit Lauge und der Kalkmilchanstrich bis nach der Ausladung des letzten verseuchten, bezw. seuchenverdächtigen Transportes ausgesetzt werden. Keinesfalls darf auf Wagen, auf denen verseuchtes oder seuchenverdächtiges Geflügel befördert worden ist, an demselben Tage vor der vollständigen Reinigung und Desinfektion anderes Geflügel aus nicht verseuchten, bezw. nicht verdächtigen Beständen befördert werden.

§ 5. Die Rampen auf den Bahnhöfen, auf denen Geflügelausladungen stattgefunden haben, sind nach der Vorschrift des § 7 der Ausführungsverordnung vom 19. November 1886 zu dem Gesetze vom 25. Februar 1876 über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderungen auf Eisenbahnen zu reinigen bezw. zu desinfiziren.

§ 6. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. August d. J. in kraft. Die Polizeiverordnung vom 18. Februar 1875, betreffend den Viehtransport, wird durch vorstehende Anordnungen nicht berührt.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach § 328 des Reichs-Strafgesetzbuches eine höhere Strafe verwirkt ist, nach den in den §§ 66[4] und 67 des Reichs-Seuchengesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ gegebenen Strafvorschriften bestraft.

Eine Dienstboten-Zeitung ist das neueste im Berliner Zeitungswald. Sie will „den dienenden Ständen durch praktische Winke auf allen Gebieten ihrer Berufsthätigkeit den Weg zur Selbstbildung ebnen." Dies that das Blatt in der ersten Nummer dadurch, daß es einen Kriminalroman und einen gewöhnlichen Roman mit „Fortsetzung folgt" bringt und außerdem noch den Kirchenzettel und Kochrezepte 2c. fortgesetzt zu veröffentlichen verspricht. Auch beabsichtigt die „Dienstboten-Zeitung" diejenigen Abonnenten, welche durch besondere Pflichttreue im Dienst einer Herrschaft Anerkennung verdienen, Prämien zu bewilligen. Man sieht, daß das Fachorgan die Interessen der — Herrschaften vortrefflich wahrnimmt. Es hängt also nur davon ab, ob die Herrschaften ihren Untergebenen auch die Zeit gönnen, die nöthig ist, um die neue Kost aufnehmen und verdauen zu können.

Der Sitzungssaal des alten Reichstagshauses, in welchem so manche Redeschlacht ausgekämpft wurde, wird jetzt zum Verkauf angeboten. Es heißt in der Anpreisung, daß der 22 + 28 Meter große Saal „zum Wiederaufbau passend" sei. Wer weiß also, zu was für schönen Dingen er noch bestimmt ist. Im übrigen besteht die Abbruchsherrlichkeit des alten Reichstagshauses, das 5000 Meter bebaute Fläche einnahm, aus drei Millionen besten weißen Mauersteinen, 100 000 Dachsteinen, Saalfenstern mit Spiegelscheiben, einer großen Auswahl von Thüren, „hochfeinen" Oefen und Kaminen, Treppen in Marmor, Granit, Sandstein und Holz, etwa 500 Meter Holzpaneelen, Mettlacher Fliesen, eisernen Säulen, Kandelabern, Ballustrade mit Mittelfigur und — eisernen Fahnenstangen.

Zu der Meldung von einer Unterschlagung, die bei einer hiesigen fiskalischen Kasse verübt worden sein soll, wird noch berichtet: In der That hat sich ein größeres Manko bei der Revision der Hauptkasse der Eisenbahndirektion Berlin am Schöneberger Ufer ergeben. Es fehlten rund 20 000 M. in Werthpapieren, die als Kaution hinterlegt waren. Der Verbleib der Papiere konnte noch nicht aufgeklärt werden, weil der Kassenbeamte, der die Verwaltung dieser Effekten besorgte, vor einigen Wochen gestorben ist. Die Werthpapiere sind schon aufgeboten. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob hier Unterschlagung oder Diebstahl vorliegt.

Auf der Straße hat sich in der Nacht zum Freitag ein hübsches junges Mädchen erschossen, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Als bald nach Mitternacht der praktische Arzt Dr. F. vom Schiffbauerdamm 34 nach Hause ging, sah er zehn Schritte von seinem Wohnhaus entfernt ein junges Mädchen stehen, das plötzlich zwei Schüsse gegen sich abfeuerte und zusammenbrach. Der Arzt eilte in seine Wohnung hinauf, holte Verbandszeug und verstopfte eine Wunde, die er nach Entfernung der Kleider in der linken Brust in der Herzgegend fand. Der erste Schuß aus dem Revolver, den Dr. F. der Lebensmüden nach ihrem Zusammenbrechen sofort abgenommen hatte, war fehlgegangen. Der Knall der beiden Schüsse hatte bald eine große Menschenmenge angelockt. Der Arzt legte die Schwerverwundete in eine Droschke und brachte sie in die Charitee. Hier und auch schon unterwegs drang ihr fortgesetzt viel Blut aus dem Munde hervor, während die Schußwunde in der Brust nur wenig blutete. Schon bald nach der Einlieferung starb das Mädchen, das über seine Persönlichkeit nichts als den Vornamen Ida hatte angeben können, an innerer Verblutung. Die Todte mag etwa zwanzig Jahre alt gewesen sein; sie war sehr hübsch und schlank gewachsen und trug sehr gute Kleidung, u. a. ein schwarzes Kleid, weiße Unterröcke, schwarze Strümpfe und einen Hut mit rothen Blumen.

Das Polizeipräsidium hat zu der vom Magistrat beabsichtigten Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Spandauerstraße zwischen Königstraße und Molkenmarkt sowie für die Eiergasse und die Straße am Nikolaikirchhof unter Einziehung der Nikolaikirchgasse die ortspolizeiliche Zustimmung ertheilt.

Der Verein Berliner Segler hält am 6. August in dem gesperrten Lokal von Junghans zu Schmöckwitz ein Sommerfest ab, zu welchem auch in Arbeiterkreisen Karten vertrieben werden. Es wird ersucht, diesem Vergnügen fernzubleiben. Die Lokalkommission.

Zu der bereits gemeldeten Verhaftung einer größeren Diebesbande erfahren wir noch: Die mit ihrem Ehemann unter dem Verdacht der Hehlerei festgenommene Frau Schmökel ist am Montag aus der Untersuchungshaft entlassen worden. In der Wohnung derselben in der Skalitzerstraße hatten in der vorigen Woche eine Anzahl Lokaltermine stattgefunden, um Bestohlenen Gelegenheit zu geben, ihr Eigenthum zu rekognosziren, welches ihnen dann auch an Ort und Stelle ausgehändigt wurde. Die übrigen muthmaßlich aus Diebstählen herrührenden Waaren wurden am Sonnabend in zwei Droschken nach dem Polizeipräsidium gebracht. Unter diesen befanden sich auch die Betten der Familie, welche allerdings nach einer Behauptung der Frau Sch. gekauftes Eigenthum derselben sind. Nach der Entfernung der beschlagnahmten Gegenstände ist nicht viel in der Behausung zurückgeblieben. Nach den eingelaufenen Meldungen scheint die Diebesbande in allen Stadtgegenden gearbeitet zu haben. Es melden sich Bestohlene aus dem Grünen Weg, Frankfurterstraße sowie aus den östlichen und südlichen Stadttheilen, von denen einige auch die ihnen geraubten Sachen zurückerhalten haben. Ueber die Zahl der verübten Einbrüche war noch nichts Bestimmtes zu ermitteln. Zur Berichtigung wollen wir noch bemerken, daß nicht zwei Söhne, sondern nur ein Sohn der Schmökel'schen Eheleute verhaftet worden ist; der zweite Sohn befindet sich zur Zeit beim Militär.

Gute Geschäfte scheint das betrügerische Brautpaar zu machen, über das wir kürzlich berichteten. Nach dem Ergebniß der Ermittelungen betreibt es den Möbelschwindel gewerbsmäßig. Bis jetzt ist festgestellt, daß er fünf Möbelhändler in verschiedenen Stadttheilen hineingelegt hat; wahrscheinlich sind es aber noch mehr. Der angebliche Hafenstein scheint mit einem Manne identisch zu sein, der wegen Betruges schon mit drei Monaten Gefängniß bestraft ist. Er ist ein kleiner schmächtiger Mann mit einem Schnurrbärtchen, sieht sehr unschuldig und harmlos aus und weiß sich sehr vertrauenerweckend zu geben.

Der Telephonschwindler, der, wie wir mittheilten, dieser Tage einen Hofjuwelier in der Friedrichstadt um acht werthvolle Ringe geprellt hat, ist zwar ermittelt, bisher aber noch nicht ergriffen worden. Es ist der 25jährige Sohn einer achtbaren Familie, der bisher im Geschäft des Vaters thätig war. Der Dieb hat einen der Ringe bei einem Pfandleiher in der Rosenthalerstraße versetzt. Als er merken mochte, daß er sich dadurch verdächtig gemacht habe, bestellte er seinen ahnungslosen Vater mit hinreichenden Geldmitteln nach einem hiesigen Bahnhof und verließ Berlin unter Mitnahme der übrigen Ringe. Die Ringe sind leicht kenntlich, es sind ein Ring Nr. 7423 mit einer Perle, umgeben von elf Brillanten, ein Bandring Nr. 7553 mit zwei Saphiren und drei Brillanten, ein Ring Nr. 8114 mit einer Perle und einem Brillanten, ein Ring Nr. 7789 mit einem Smaragd und zwei Brillanten, ein Ring Nr. 8511 mit einem Rubin und sechzehn Brillanten, ein Ring Nr. 8107 mit einem Rubin und zwei Brillanten, ein Ring Nr. 8357 mit einem Rubin und acht Brillanten, und ein Ring Nr. 8437 mit einem Smaragd und einem Brillanten.

Straßensperrung. Die Wrangelstraße von der Eisenbahn- bis zur Zeughofstraße einschließlich des Kreuzdammes der letzteren wird behufs Umpflasterung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vermißt wird seit Montag die 17jährige Tochter Bertha des Schneiders Nickelsen aus der Lindenstraße 92. Das Mädchen arbeitete in der Stempelfabrik von Kasser in der Charlottenstraße und machte am Sonnabend eine Landpartie mit, obwohl der Arbeitgeber den Urlaub dazu verweigert hatte. Am Montag Morgen that es so, als ob es wie gewöhnlich zur Arbeit gehe, erschien aber nicht in der Fabrik und ist auch nach Hause nicht mehr zurückgekehrt.

Auf eine eigene Art verunglückt ist gestern, Freitag, Vormittag der Eisfahrer Karl Ramm von den Norddeutschen Eiswerken. Ramm trug eine hochbeladene Kiepe mit Eis von seinem Wagen in das Buttergeschäft in der Zimmerstr. 33. Dabei glitt ein über 20 Pfund schweres Eisstück herab ihm auf den Kopf und verletzte ihn so erheblich, daß er sich einen Verband mußte anlegen lassen.

Ein junges Mädchen, das vorgestern Abend um 11½ Uhr in der Invalidenstr. 137 seine Kleider und Handschuhe mit Benzin reinigen wollte, hat durch Entzündung der Benzindämpfe an einer Lampe im Gesicht und an den Händen Brandwunden erlitten. Die Feuerwehr fand den entstandenen Brand bereits gelöscht.

Feuerbericht. Donnerstag Abend gegen 11 Uhr wurden Admiralstraße 36 Gardinen und mehrere Pappschachteln eingeäschert. Freitag Mittag 1 Uhr brannte Blumenstr. 34 ein Spind. Infolge niedergedrückten Rauches wurde die Wehr nachmittags 6 Uhr nach Kleine Hamburgerstraße 14 gerufen, trat aber nicht in Thätigkeit.

Aus den Nachbarorten.

Vom Polizeikampf gegen Arbeitervereine. Der Arbeiter-Gesangverein „Weiße Rose" zu Reinickendorf hatte zu heute einen Sommernachtsball veranstaltet. Nachdem der Vorsitzende das Vergnügen bei der Behörde angemeldet hatte, erhielt er vom Amtsvorsteher Wilke folgendes Schreiben:

„Die zur Veranstaltung eines Sommernachts balles seitens des Arbeiter-Gesangvereins „Weiße Rose" am 30. d. M. im Lokale „Zum Brocken", Scharnweberstr. 120, nachgesuchte Erlaubniß muß, was hiermit geschieht, versagt werden. Nach den Ihnen bekannten wiederholten Entscheidungen der Aufsichtsbehörde hat der Gesangverein den Charakter eines politischen Vereins und unterliegt derselbe bei seinen geselligen Zusammenkünften und Vereinsfesten den einschränkenden Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, wonach eine Betheiligung von Frauen verboten.

(Name unleserlich.)

Wann werden die Behörden in nächster Umgebung von Berlin zu der Einsicht kommen, daß mit derartigen Maßregeln dem Staate nicht im geringsten genützt, dem „Unzufriedenheitsbazillus" aber stets neue Nahrung zugeführt wird?!

Zu dem falschen Gerücht von einem Raubmorde gab gestern ein Leichenfund in Weißensee Veranlassung. Ueber das

allerdings noch der Aufklärung dringend bedürftige Vorkommniß erhalten wir folgende Mittheilung:

Am Donnerstag Morgen, gegen 2 Uhr, fanden Passanten der Goethestraße in Neu-Weißensee, an der Ecke der Lehderstraße die Leiche des 38jährigen Tischlergesellen Karl Schanz, der in der Charlottenburgerstr. 64 wohnhaft war. Aus dem rechten Ohr des Todten sickerte mit Wasser unterlaufenes Blut, das Gesicht war blau angelaufen und um den Hals lag eine Schlinge, die aus einer von einem Damenrock abgetrennten Schnur (sogenannten Besenborte) gefertigt war. In der Goethestraße, etwa 100 Meter von der Fundstelle der Leiche entfernt, wurde eine größere Blutlache entdeckt. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur den aus unbekannten Ursachen erfolgten Tod des Schanz feststellen. Gestern Vormittag wurde dann die von der Polizei in Gewahrsam genommene Leiche von mehreren Aerzten auf das sorgfältigste untersucht. Die erwähnte Schlinge lag nur lose um den Hals und hat eine Strangulationsmarke nicht zurückgelassen. An dem Körper selbst waren Spuren äußerer Gewalt nicht zu finden und wiewohl das Hervordringen von Blut aus den Ohren und die blaue Farbe des Gesichts den durch Erstickung herbeigeführten Tod des Sch. vermuthen ließen, wurden weder am Halse noch im Gesicht Fingereindrücke wahrgenommen, welche auf ein Verbrechen schließen lassen könnten.

Die weiteren polizeilichen Recherchen ergaben folgendes: Schanz, der seit sechs Jahren von seiner Ehefrau getrennt lebt und dem Trunke ergeben war, hat am Dienstag unter dem Vorgeben, daß er krank sei, seine Arbeit verlassen und die Bücher eingefordert. Seine Wohnung hat Sch. jedoch dann nicht aufgesucht, sondern ist in der Nacht zum Mittwoch, den Mittwoch hindurch und in der Nacht zum Donnerstag in verschiedenen Schanklokalen gewesen. Am Mittwoch Abend gegen 11 Uhr verließ er ein Restaurant in der Lehderstraße; wo er nachdem geweilt, konnte nicht festgestellt werden. Die um den Hals gezogene Schnur hat er vermuthlich zu dieser Zeit noch nicht bei sich gehabt. Dieselbe scheint erst frisch von einem Kleide abgetrennt zu sein, da sich noch schwarze Fäden an der Borte befanden. Geld oder Geldeswerth dürfte Schanz nicht bei sich gehabt haben und erscheint aus diesem Grunde ein Raubmord schon völlig ausgeschlossen. Die wirkliche Todesursache dürfte erst durch die am heutigen Tage stattfindende Obduktion ermittelt werden, die ja auch ergeben wird, ob thatsächlich an Sch. ein Verbrechen begangen worden ist oder nicht.

Wegen Verbrechens im Amte wurde der in Potsdam wohnhafte Polizeisekretär Hermann Stephan verhaftet. St. ist ein im Dienste ergrauter Beamter, der sich demnächst pensioniren lassen wollte. Die Verhaftung erfolgte auf direkten Befehl der Staatsanwaltschaft. Dem Verhafteten waren bei der Potsdamer Polizeidirektion die Gefangenensachen und das Gesindewesen zugetheilt; ob auf diesem Gebiet das von Stephan verübte Vergehen liegt, ließ sich nicht feststellen, da über den Gang der Untersuchung strengstes Stillschweigen beobachtet wird. Die viel Aufsehen erregende Affäre wird vermuthlich noch weitere Kreise in Mitleidenschaft ziehen. Es verlautet aus der Umgebung des Verhafteten, daß dieser einem Potsdamer Bürger eine Gefälligkeit erwiesen hat, durch die St. wohl keinen Vortheil erlangt, die aber das Einschreiten der Staatsanwaltschaft nach sich zog. Im Zusammenhange mit dem Vorgehen gegen Stephan steht die Verhaftung des Rentiers Samuel Moses in Potsdam. Dieser, ein hochbetagter Mann, wurde von den Kriminalbeamten ergriffen, als er einen Zug nach Berlin besteigen wollte. In der Wohnung M.'s wurde seitens der Polizei eine gründliche Haussuchung veranstaltet. Die Wohnung ist jetzt polizeilich geschlossen. Wie man hört, wird der Rentier M. der Anstiftung zum Amtsverbrechen beschuldigt.

Der Gastwirth Lindenhayn in Grünau ersucht in einer wichtigen Angelegenheit diejenigen Personen, welche am 1. Pfingstfeiertage abends in irgend einem Lokale von Grünau getanzt haben, bei ihm ihre Adresse abzugeben.

Als Urheber eines Dachstuhlbrandes, der am letzten Dienstag im Hause Glasowstraße 31 in Rixdorf ausgebrochen war, ist der elfjährige Schulknabe W. ermittelt worden. Er gestand ein, daß er auf dem Boden des Hauses mit Streichhölzern gespielt und dann, um zu sehen, wie schnell die Feuerwehr, wenn es brenne, herbeieilt, Holz zusammengetragen und dieses angesteckt habe. Als das Feuer lichterloh brannte, sei er auf die Straße gerannt und habe gewartet, bis die alarmirte freiwillige Feuerwehr gekommen sei.

Soziale Rechtspflege.

Der Goldarbeiter M. klagte beim Gewerbegericht gegen den Goldschmiedemeister Schimmelpfennig auf eine Entschädigung, indem er geltend machte, Beklagter habe ihm eine größere Anzahl Werkzeuge einbehalten, sodaß er nicht im stande gewesen sei, zu arbeiten. Die Werkzeuge verlangte der Kläger ebenfalls zurück. Der Meister erklärte sich nach längerer Verhandlung bereit, die Werkzeuge herauszugeben, dagegen bestritt er, daß er diese zu unrecht einbehalten habe. Der Kläger habe eine theure Brosche ruinirt und sich selber bereit erklärt, das Werkzeug als Unterpfand dazulassen. Hierauf bemerkte der Kläger, Sch. habe ihn durch Drohungen dazu gezwungen, aus freiem Willen habe er ihm sein Eigenthum nicht überlassen. Ein Zeuge des Beklagten sagte indessen aus, daß der Kläger nichts gegen die von Sch. verlangte Verpfändung des Werkzeuges eingewendet habe. Der Kläger wurde mit der Entschädigungsforderung abgewiesen. Der Vorsitzende führte begründend aus, der Kläger hätte auf jeden Fall gegen die Vorenthaltung der Sachen protestiren müssen, wenn er sich einen Entschädigungsanspruch sichern wollte. Eine Bedrohung sei nicht erwiesen.

Für den 2. und 3. Pfingstfeiertag verlangte der Schleifer St. von dem Fabrikanten Falk den üblichen Lohn, obwohl er an diesen Tagen nicht gearbeitet hatte. Es wurde in der Verhandlung vor dem Gewerbegericht festgestellt, daß der Chef mit dem Schleifer Stundenlohn vereinbart hatte und daß am dritten Feiertage nur deshalb in der Fabrik nicht gearbeitet wurde, weil der Dampf fehlte. Die Kammer V unter dem Vorsitz des Gewerberichters Schallhorn wies die Klage ab, soweit sie den 2. Feiertag betraf, verurtheilte aber den Beklagten, dem Kläger den Lohn für den 3. Feiertag zu zahlen. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, der gesetzliche 2. Feiertag sei nur zu entschädigen, wenn Wochenlohn vereinbart sei, auf keinen Fall aber bei Stundenlohn. Anders verhalte es sich hier mit dem sogenannten 3. Feiertage. Wenn der Dampf fehle, dürfe darunter der Arbeiter nicht leiden, der Kläger müsse dementsprechend entschädigt werden.

Gerichts-Zeitung.

Das Sonnendach oder der Kampf für Ordnung, Religion und Sitte gegen die „Magdeburger Volksstimme". Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Magdeburg hatten sich am 26. Juli die Genossen Buchhändler und Zeitungsverleger Bernhard Harbaum und der verantwortliche Redakteur August Müller wegen Verächtlichmachung von obrigkeitlichen Anordnungen durch Wiedergabe von entstellten Thatsachen, sowie wegen Beleidigung des Polizei-Präsidenten Keßler und des Schutzmanns Schneider zu verantworten.

Am 20. April d. J. erschien in Nr. 91 der Volksstimme unter der Rubrik „Polizei und Volksstimme" der folgende Artikel;

Es hagelt Strafmandate!

Der Inhaber der Buchhandlung Volksstimme ließ jüngst ein Sonnendach vor den Fenstern und der Thüre der Buchhandlung anbringen. Er beauftragte hiermit einen Tapezirer. Kaum hatte derselbe sich seines Auftrages entledigt, so erschien auch schon die Polizei und revidirte den Abstand des Sonnendachs vom Erdboden. Das Resultat dieser Revision erfuhr der Geschäftsinhaber am Montag:

Zehn Mark Geldstrafe,

weil das Sonnendach nicht in vorschriftsmäßiger Höhe angebracht sei. Vorschrift ist:

Abstand vom Erdboden 2,20 Meter.

Das Sonnendach war aber an seinem äußeren Ende 5 Zentimeter zu tief gerathen,

obwohl es am Hause 2,20 Meter aufwies. Die Anzeige erfolgte, noch ehe der Tapezirer dem Inhaber der Buchhandlung mitgetheilt hatte, daß er sich seines Auftrages entledigt habe. Heureka! —

Harbaum soll diesen Artikel veranlaßt und Müller ihn aufgenommen haben, obwohl er gewußt haben soll, die darin aufgeführten Thatsachen seien unwahr. Die Anklage behauptet nun, das Sonnendach sei nicht 5, sondern 15 bis 20 Zentimeter zu niedrig angebracht gewesen, die Angeklagten hätten dies gewußt, aber trotzdem von 5 Zentimetern gesprochen, um die Anordnungen der Polizei verächtlich zu machen, besonders das Anfangswort „Es hagelt Strafmandate" sowie der Schluß „Heureka" sollen für die genannten Personen beleidigend sein.

Genosse Harbaum gab die Vorgeschichte des Strafmandats dahin an: er habe den Tapezier Schlüter damit beauftragt, an seinem Verkaufsladen ein Sonnendach anzubringen, aber ja danach hinzusehen, daß es den polizeilichen Vorschriften entspräche, damit kein Strafmandat komme. Am 29. März unter Mittag sei der Tapezier gekommen und habe die Marquise angemacht und zwar während Harbaum zum Mittagessen gewesen sei. Als er wieder in das Geschäft gekommen, das Sonnendach aber noch gar nicht angesehen habe, ist ihm gesagt worden, ein Schutzmann habe die Höhe nachgemessen, es werde wohl ein Strafmandat geben. Der Tapezier habe dann mit einem festen 2,20 Meter langen Stabe nachgemessen und gefunden, daß das Sonnendach höchstens 5 Zentimeter zu niedrig war, was dann alsbald abgeändert sei. Völlig unwahr aber sei es, daß er (Harbaum) den Artikel veranlaßt habe, allerdings habe er im Geschäft geäußert, nachdem ihm die Strafverfügung in Höhe von 10 M. zugegangen sei, „jetzt habe ich den Strafbefehl". Vielfach sei nun darüber in den Geschäftsräumen der „Volksstimme" gesprochen, aber nicht von ihm, sondern von den Angestellten und so sei der Vorfall wohl zur Kenntniß des Artikelverfassers gekommen. Allerdings habe er sich durch das Strafmandat beschwert gefühlt, denn die Marquise sei nur probeweise vom Tapezirer heruntergelassen gewesen, der den Fehler sofort entdeckt, und sie alsbald wieder hinaufgezogen und so bald wie möglich eine Aenderung vorgenommen habe.

Der Vertreter der Anklagebehörde, Gerichtsassessor Kempfe, hielt die Beleidigung für erwiesen, denn offenbar habe der Artikel dem Herrn Polizei-Präsidenten nachsagen sollen, er messe mit zweierlei Maß. Die Angeklagten hätten behauptet, sonst würden die Geschäftsinhaber in solchen Fällen zuerst gewarnt; wenn das auch wahr sei, so ginge daraus nichts gegen den Polizei-Präsidenten hervor, er habe es in diesem Falle eben nicht gethan und es liege völlig in seiner Hand, ob er es thun wolle oder nicht. Demzufolge beantragte die Anklagebehörde 100 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängniß.

Der Vertheidiger beantragte Freisprechung, indem er u. a. darauf hinwies, was für eine gewaltige Beweiserhebung wegen dieses Falles erfolgt sei; beispielsweise wären sämmtliche Setzer der Volksstimme vernommen, um den Verfasser des Artikels zu ermitteln, was aber keinen Erfolg gehabt hätte.

Der Gerichtshof unter Vorsitz des Landgerichts-Rathes Glasewald nahm an, daß der Artikel selbst die Wahrheit enthalte und daß die seitens der „Volksstimme" und nicht die seitens der Polizei vorgenommenen Messungen richtig gewesen seien, auch daß der Artikel in der Form nichts beleidigendes habe, sondern eine trockene sachgemäße Wiedergabe wahrer Thatsachen sei. Ebenso sei in der Bemerkung, es hagelt Strafbefehle, keine Beleidigung gefunden, da thatsächlich eine Anzahl Strafbefehle zu jener Zeit an die „Volksstimme" ergangen seien. Dagegen sei eine schwere Beleidigung in dem Worte „Heureka" gefunden, dasselbe solle augenscheinlich sagen, die Polizei hat sich gefreut, einmal wieder etwas gegen die „Volksstimme" entdeckt zu haben, darin liege der Vorwurf, die Polizei messe nicht mit gleichem Maße. Dieser Vorwurf sei aber ein sehr schwerer, denn pflichtgemäß dürfe die Polizei die Sozialdemokraten nicht schlechter behandeln, als andere Leute, thäte sie es aber, so würde sie sich sehr verächtlich machen. Doch in anbetracht, daß die bei der „Volksstimme" Angestellten durch den Strafbefehl gereizt gewesen seien, sei nur auf 20 M. Geldstrafe gegen Müller erkannt, und den Beleidigten, Polizei-Präsidenten Keßler und Schutzmann Schneider, die Publikationsbefugniß in dem „Amtlichen Anzeiger" zugesprochen. Harbaum wurde freigesprochen, der Antrag, die Kosten der Vertheidigung auf die Staatskasse zu nehmen, aber abgelehnt. —

Der Amtsvorsteher v. Oppen gegen den Gastwirth Lindenhayn. Eine bemerkenswerthe Entscheidung fällte gestern die 1. Ferien-Strafkammer am Landgericht II. Der Gastwirth Lindenhayn in Grünau, der bekanntlich den Saalabtreibereien des Amtsvorstehers v. Oppen muthvoll Widerstand geleistet hat, hatte für Sonntag, den 24. April d. J. nicht die polizeiliche Erlaubniß erhalten, daß er seine Gäste durch Klavierspiel unterhalten und diese dabei tanzen durften. Der Klavierspieler erschien aber trotzdem und da er einmal anwesend war, ersuchten ihn die Gäste, sie ein wenig zu unterhalten, und er spielte trotz des Verbotes des Wirthes, wofür ihn die Gäste mit Bier und Zigarren belohnten. Das Schöffengericht in Köpenick verurtheilte darauf den Wirth wegen Veranstaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit zu 10 Mark Geldstrafe und zwar auf grund der Ober-Präsidial-Verordnung vom 14. Juni 1892. In der angerufenen Berufungsinstanz führte der Vertheidiger des Verurtheilten aus, daß die angezogene Verordnung erst in jüngster Zeit durch das Kammergericht als nicht zu recht bestehend bezeichnet worden und dies bereits in der Presse veröffentlicht worden sei. Der Gerichtshof entschied jedoch, daß hier zweifellos eine öffentliche Tanzlustbarkeit stattgefunden habe, welche genehmigt werden mußte, um nicht strafbar zu sein. Reichs- und Kammergericht hätten in diesem Falle bisher stets die Ober-Präsidial-Verordnung für giltig gehalten. Habe das Kammergericht neuerdings im entgegengesetzten Sinne entschieden, so sei dies dem erkennenden Gericht amtlich nicht bekannt geworden. Es müsse daher dem Angeklagten überlassen werden, sich sein Recht in einer höheren Instanz zu suchen. Die Berufung sei daher zu verwerfen.

Zu je 15 M. Geldstrafe sind gestern unsere Parteigenossen Förster und Andres aus Grünau vom Schöffengericht Köpenick verurtheilt worden. Am 11. Juni hatten sich nach Beendigung einer bei Lindenhayn in Grünau stattgefundenen Versammlung noch mehrere Genossen zu einem Glase Bier vereinigt. Dies sah ein Gendarm, der sofort annahm, daß abermals eine Versammlung stattfinde. Die „Versammlung" wurde von dem Beamten „aufgelöst". Die beiden vorhin erwähnten Parteigenossen tranken nach der Gendarmenthat noch ihr Bier weiter und wurden, als sie der Aufforderung des Beamten, sich sofort zu entfernen, nicht Folge leisteten, zur Anzeige gebracht. Gegen das gestrige Urtheil des Schöffengerichts in dieser Sache soll Berufung eingelegt werden. Die Berliner Parteigenossen werden diese Vorfälle von neuem zum Anlaß nehmen, die Genossen von Adlershof und Grünau durch strenge Beobachtung der Lokalliste thatkräftig zu unterstützen.

Polizeikampf gegen Streikposten. Mit der jetzt aktuellen Frage, ob das Streikposten-Stehen unter den Begriff des „groben Unfugs" fällt, hatte sich gestern das Schöffengericht des Amtsgerichts II zu beschäftigen. Auf einem Neubau in Deutsch-Wilmersdorf war ein Streik ausgebrochen, infolge dessen der Bau von den Streikenden durch Streikposten beobachtet wurde. Zu den Streikposten soll auch der Maurer Wernicke gehört haben, weshalb er von einem Gendarm festgestellt wurde. Er erhielt darauf einen auf zwei Tage Haft lautenden Strafbefehl, in welchem es hieß, W. habe dadurch groben Unfug verübt, daß er auf der Straße stand, um Leute von der Arbeit abzuhalten. Er beantragte daraufhin richterliche Entscheidung und hatte nunmehr vor dem Amtsgericht II zu erscheinen. Wie der als Zeuge vernommene Gendarm bekundete, hatte ihm der Polier jenes Baues mitgetheilt, daß überall Streikposten ausgestellt seien; er habe sich deshalb für berechtigt gehalten, die Personalien Wernicke's, der ziemlich entfernt vom Bau stand, festzustellen und die Sache zur Anzeige zu bringen! Auf grund der Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt aus thatsächlichen Gründen die Freisprechung des Angeklagten, während der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, auch aus rechtlichen Gründen für dieselbe plaidirte. In dem bloßen Streikpostenstehen könne niemals ein grober Unfug gefunden werden, da die bloße „böse Absicht" — wenn eine solche überhaupt vorhanden war — nicht genüge, um daraus die genannte Gesetzesverletzung zu konstruiren. Der Gerichtshof erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Es werden demnächst noch eine ganze Reihe derartiger Strafprozesse zur Aburtheilung gelangen, da die Betroffenen des Prinzips wegen in allen Fällen gegen die Strafbefehle Widerspruch erhoben haben. Eventuell sollen alle Instanzen angerufen werden.

Eine Verhandlung wegen unlauteren Wettbewerbs fand gestern vor der fünften Ferien-Strafkammer des Landgerichts I statt. Der Kaufmann Josef Kaufmann war bis zum 1. Oktober 1896 bei der Firma Schwarzwald, welche ein Export- und Kommissionsgeschäft in Kurzwaaren nach Spanien und Portugal betreibt, als Reisender thätig gewesen. Er gründete dann ein Konkurrenzgeschäft. Dem Inhaber der Firma Schwarzwald fiel es auf, daß sein Buchhalter Lisse häufig mit Kaufmann verkehrte und als ihm außerdem andere seiner Angestellten mittheilten, daß Lisse sich fleißig Auszüge aus den Geschäftsbüchern mache, stellte er ihn zur Rede und fragte ihn, ob er damit umgehe, sich selbständig zu machen. Lisse erwiderte, daß er durchaus nichts vorhabe, worauf Schwarzwald den in ihm erwachten Verdacht fallen ließ. Aber am 1. Januar 1897 trat Lisse aus und wurde Sozius des Kaufmann. Schwarzwald erfuhr, daß der Gesellschaftsvertrag, der im Januar 1897 zwischen Kaufmann und Lisse abgeschlossen war, laut mündlicher Vereinbarung eine rückwirkende Kraft vom 1. Oktober 1896 ab haben sollte, und nun erstattete er gegen Lisse, welcher sich geständlich aus dem Fabrikanten-Register seines bisherigen Prinzipals Auszüge gemacht und seinem Kompagnon zur Verfügung gestellt hatte, Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbes. Das Schöffengericht hatte Lisse freigesprochen mit der Begründung, daß derselbe die in seiner Stellung zu seiner Kenntniß gelangten Geschäftsgeheimnisse nicht an andere verrathen, sondern in seiner Eigenschaft als Sozius des Kaufmann für sich selbst verwerthet habe. Hiergegen hatte Schwarzwald Berufung eingelegt. Er führte im gestrigen Termine aus, daß das Fabrikantenregister in den Händen eines Konkurrenten eine furchtbare Waffe sei. Die Bezugsquellen eines Kaufmanns, welche auf grund jahrelanger Bemühungen ermittelt und in Anspruch genommen würden, müßten, zumal in einem Exportgeschäft, geheim gehalten werden. Die Fabrikanten sowohl wie ihre Erzeugnisse würden deshalb auch nur mit Nummern bezeichnet. Der Angeklagte behauptete, daß jeder junge Mann sich aus den Geschäftsbüchern Notizen zu machen pflege, um sie für sein späteres Fortkommen zu verwerthen. Nach dem Gutachten des Aeltesten der Kaufmannschaft ist nicht jede Benutzung des Fabrikanten-Registers als unlauterer Wettbewerb anzusehen, sondern die Frage müsse von Fall zu Fall geprüft und beurtheilt werden. Der Vertreter des Klägers, R.-A. Goldmann, focht das Urtheil des Vorderrichters an. Der Angeklagte habe die Treue gegen seinen Prinzipal aufs schwerste verletzt, und für diesen Verstoß gegen das oberste Prinzip im Handel sei wohl eine Gefängnißstrafe am Platze. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Preuß, führte demgegenüber aus, daß jeder Mensch die Berechtigung habe, die Kenntnisse und Erfahrungen, welche er während seiner Lehr- und Konditionszeit erwerbe, für sich zu verwerthen. Er bitte jedenfalls um Ladung eines Sachverständigen, der zu begutachten habe, ob das Fabrikantenregister als ein Geschäftsgeheimniß anzusehen sei oder nicht. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab. Er sei zu einer anderen Anschauung gekommen, als der Vorderrichter. Das Fabrikantenregister sei ein Geschäftsgeheimniß und der Angeklagte habe sich eines Vertrauensmißbrauchs schuldig gemacht. Mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit sei von einer Gefängnißstrafe abgesehen und auf eine Geldstrafe von 300 M. erkannt worden. Außerdem fallen dem Angeklagten die Kosten beider Instanzen zur Last.

Einen traurigen Abschluß fand eine Geburtstagsfeier, die am Abende des 17. März in der Schankwirthschaft Kottbuserdamm 34 begangen wurde. Der Arbeiter Wilhelm Gummel hatte sich mehrere Fremde eingeladen. Es wurden große Mengen Schnaps und Weißbier getrunken. Als die Gemüther erregt waren, drohte wiederholt Streit auszubrechen, der Wirth schlichtete aber die zankenden Parteien und veranlaßte den größten Theil der Gäste, sich nach Hause zu begeben. Nur Gummel, seine Ehefrau und der Arbeiter August Matern saßen noch, anscheinend friedlich, an einem Tische. Alle drei waren stark angetrunken. Plötzlich ergriff Matern ein vor ihm stehendes Weißbierglas und schlug damit Gummel auf den Kopf. Das Glas zertrümmerte, ein spitzer Scherben drang in das linke Auge Gummel's und zerstörte es vollständig. Matern behauptete im gestrigen Termin vor der dritten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I, daß er seitens der Gummel'schen Eheleute durch unberechtigte Vorwürfe gereizt worden sei; die Zeugen bestritten dies. Der Angeklagte müsse die That in einem plötzlichen Wuthanfall begangen haben. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Jahre neun Monaten Gefängniß.

Versammlungen.

In der Mitgliederversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes für den Bezirk II sprach Herr Grempe über: „Berufsausbildung der Metallarbeiter in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft." Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. U. a. regte der Referent die Frage einer Veröffentlichung von technischen Artikeln, verständlich gemacht durch Illustrationen in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung" an. Redner führte aus, daß die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung" eines der besten deutschen Gewerkschaftsblätter sei, daß aber die technischen Artikel für den Arbeiter leichter verständlich gemacht werden müßten durch Beifügung von Illustrationen. Da aber das gewöhnliche Druckpapier hierzu ungeeignet ist, so schlug der Referent die Herausgabe einer technischen Beilage vor. Die Ausgabe würde nach Ansicht des Referenten etwa einen jährlichen Mehrkostenbetrag von 10 000 M. ergeben. An der Diskussion betheiligten sich zwei Kollegen, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß am 8. August eine Generalversammlung stattfindet.

Die Filiale I des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen hielt am 21. Juli im „Englischen Garten" Generalversammlung ab. Kollege Stropp gab den Kassenbericht, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 1140,15 M. balancirt, und wurde demselben auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Neu aufgenommen wurden 43 Mitglieder. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß die Beiträge zur lokalen Arbeitslosen-Unterstützung aufhören sollten, und daß die vollberechtigten Mitglieder dieser Kasse ihre Anrechte an dieselbe bis zum 1. Januar 1899 aufrechterhalten sollen. Diejenigen, welche noch nicht 26 Wochen Beiträge gezahlt haben, sollen mit Anrechnung der vom 1. Juli an in der Zentralisation zu zahlenden 40 Pf. wöchentlich, wenn diese zusammen die Höhe von 26 Wochen erreichen, bezugsberechtigt sein. Eine persönliche Angelegenheit zwischen zwei Mitgliedern wurde der Verwaltung zur Schlichtung überwiesen. Kollege Sillier theilte mit, daß, da die weiblichen Mitglieder und Hilfsarbeiter laut Statut unserem Verein nicht mehr angehören können, dieselben dem neu gegründeten Verband der Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen unter Wahrung ihrer vollen Rechte beitreten können. Ueber den neuen Arbeitsnachweis der „Zwangslosen Vereinigung" entwickelte sich eine lebhafte Debatte; Kollege Schöpke führte aus, daß derselbe Gebühren er-

hebt, also für beide Theile nicht frei sei. Alle Anwesenden waren der Ansicht, daß ein organisirter Kollege denselben von selbst nicht benutzen könne.

Arbeiter-Bildungsschule. In dem Bericht über die Generalversammlung befindet sich ein sinnentstellender Fehler. Es waren nicht eingeschrieben als Mitglieder 263 Damen und 226 Herren, sondern im ganzen 263 Mitglieder und zwar 37 Damen und 226 Herren.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein für Mariendorf und Umgegend hielt am Dienstag, den 26. Juli, seine ordentliche Generalversammlung im Lokal des Herrn Gerth in Tempelhof ab. Genosse Liebknecht hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die letzten Reichstagswahlen". Der Bericht des Vorstandes ergab, daß der Verein nicht stärker geworden, sondern daß die Zahl der Mitglieder auf 109 geblieben sei. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme inkl. Bestand vom letzten Quartal von 65,75 M., eine Ausgabe von 35,80 M., so daß ein Bestand von 29,95 M. verbleibt. In nächster Zeit soll eine Versammlung abgehalten werden mit einem Referat über „Organisation und Agitation".

Arbeiter-Bildungsverein Pankow. In der am 26. d. M. stattgehabten Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: W. Franz, erster Vorsitzender; Rose, zweiter Vorsitzender; C. Kummert, Kassirer; Joh. Aßmann, Schriftführer; Hempel, erster Bibliothekar; Träger, zweiter Bibliothekar; Gerke, Schockel und Ehrke, Revisoren. Der Antrag der Genossen von Nieder-Schönhausen, am Orte bei Settekorn eine Zahlstelle zu errichten, wurde angenommen und der Genosse Otto Haase zum Kassirer gewählt. Nach Erledigung einiger kleiner Sachen wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Ueber die Entwicklung des Sozialismus sprach am Donnerstag Genosse Liebknecht in einer stark besuchten Volksversammlung in der Pichelsdorfer Brauerei. Redner gab unter dem Beifall der Zuhörer ein treffendes Bild von der Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland von ihren frühesten Anfängen bis heute. Genosse Liebknecht schloß mit der Aufforderung, tüchtig zu agitiren, eine starke Organisation zu bilden und für Verbreitung der Presse zu sorgen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. Juli, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Waldeck Manasse: „Du hast gesiegt, Galiläer."

Vermischtes vom Tage.

— Ein siebzigjähriger Hirte in Freudeberg (Ostpreußen) wurde auf dem Weideplatz von dem Stier der Viehheerde angegriffen und furchtbar verstümmelt. —

— In einem Kasten, in dem die Fischer ihren Fang aufzubewahren pflegen, machten fünf junge Leute eine Fahrt auf der Schelde. Das Fahrzeug kippte um, drei von den Insassen ertranken. —

— Ein Kaufmann in Pancsova (Oesterreich), der sich vor dem Gericht wegen Münzfälschung verantworten sollte, hat am Tage vor der Verhandlung seine schlafende Frau und seine drei Kinder ermordete und dann sich selbst getödtet. —

— Ein sechszehnjähriger Fabrikarbeiter in Mariaschein (Böhmen) zeigte bei der Behörde an, er habe vor anderthalb Jahren seine neun Monate alte Schwester mit Schwefelhölzern vergiftet, aus Aerger, weil er das Kind beaufsichtigen mußte. Gewissensbisse hätten ihn zu der Anzeige getrieben. —

— Beim Abstieg von der Großen Zinne in den Sextener Dolomiten wurden zwei Touristen aus Bozen von einer Steinlawine getroffen und schwer verletzt. —

— Die Kohlen des russischen Donetzbeckens verdrängen die englischen Kohlen. Die Gesellschaft der Dampfschiffe des Schwarzen Meeres und der Donau haben bisher englische Kohlen verwendet. Infolge eines Versuches mit Donetzkohlen hat sie aber beschlossen, fortab nur Donetzkohlen zu verwenden. —

— Der nach Boulogne gehörige Fischdampfer „Saint Joseph" wurde im Kanal von dem holländischen Dreimastschuner „Senora" in den Grund gebohrt. Die aus 14 Mann bestehende Besatzung wurde von dem Segler gerettet. —

— Während die Pest dieses Jahr in Hongkong nicht schlimm auftritt, haust sie desto ärger in Kanton. Täglich sollen dort etwa tausend Menschen daran sterben. Die Schreiner sind längst nicht mehr im stande, eine genügende Anzahl Särge für die zahlreichen Opfer der Seuche zu liefern. Oft packt man vier oder fünf Leichen zusammen in eine Kiste und beerdigt sie so. Die Leichen von Auswärtigen, die keine Freunde in der Stadt haben, werden einfach in den Fluß geworfen. Eine Menge angsterfüllter Menschen leben in Dschunken auf dem Wasser, in der Meinung, sie seien dort sicher vor Ansteckung. Die Krankheit verläuft meistens furchtbar schnell. In Kanton sind Fälle vorgekommen, wo von einer ganzen Familie, die des Morgens noch in guter Gesundheit ihren Reis zusammen aß, am Abend niemand mehr am Leben war. Man schätzt die Zahl der in diesem Jahre dort bereits an der Pest gestorbenen Personen auf 80 000. Europäer werden jedoch nach wie vor nur vereinzelt von ihr ergriffen. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Ch. Pfister. Bedauern, Ihren Bericht nicht aufnehmen zu können. **Arnold.** Ihre Mittheilung betreffs R. wird später in ausgiebiger Weise verwendet werden. **R. E. 21.** Ungefähr 3 M. **A. G. 100.** 1. Wenn Sie nicht etwa schließlich ein höheres Honorar vereinbart haben. Es ist Ihnen dasselbe bis auf etwa 6 M. zurückzuzahlen. 2. Die Enterbung ist möglich. Beantragen Sie beim Gericht, Ihnen Testamentsabschrift zu ertheilen. — **Robert Christian.** 1. Unverständlich. 2. Erst vom 1. Januar 1900 tritt eine dahingehende Bestimmung in kraft. — **G. S. 100.** 1. Ja 2. Das ist kein Steuer-Befreiungsgrund. — **K. R.** Nichts, außer bes behördlicher Genehmigung. Die kostet 50 M. — **2 Streitende.** Eine Anfrage gleichen Inhalts ist in der Nummer vom 28. Juli unter F. G. 11 eingehend beantwortet. — **H. B.** Das Ankreiden der Pumpgenies auf einer schwarzen Tafel der Gaststube war früher anstandslos üblich. Indeß kann ein Gericht darin eine Beleidigung erblicken. — **Ziegenhals.** Solche Bestimmung besteht. — **E. 57.** 1. Die Frau soll für sich und ihr Kind auf Zahlung von Alimenten gegen den Ruppsack klagen. 2. Keiner. 3. Nein. — **K. B. 13.** Sie sind im Unrecht. — **S. 100. 2. K.** Angeben kann der andere das, Strafbarkeit liegt aber erst vor, wenn der Wirth (innerhalb 3 Monaten) Strafantrag stellt. — **O. Heining.** 17—27 M. würden für angemessen zu erachten sein: für jeden Gang 1—3 M., für die Entbindung 10—20 M. **K. 17.** 1—3 Ja. **Waschanstalt.** 1. Sie sind an den Vertrag gebunden und können nur mit Einwilligung des Käufers von demselben zurücktreten. 2. Der Mann war leider im Recht. — **Luckenwalde.** 1. Ja. 2. Ein bestimmter Betrag besteht nicht. Die Betreffende soll Beschwerde einlegen. 3. Ja. — **B. B.** Erben sind geworden die zwei Töchter des Lorenz und der eine Sohn des Mathias, die allein zur Zeit der Errichtung des Testamentes lebten, und etwa nach Errichtung des Testamentes noch geborene Kinder. Jedes der Kinder erhält gleich viel, die Theile der nach Errichtung des Testamentes verstorbenen Kinder fallen an deren Erben. — **F. S. in Pirmasens.** 1. und 2. Ja. Es kann allerdings kein Anspruch gegen den Nachlaß geltend gemacht werden, wohl aber gegen Sie und Ihre Kinder auf Erstattung der gemachten Auslagen. 3. Erst vom 1. Januar 1900 ab. 4. Nein. 5. Ja. — **75 Jakobstr.** 1. Sie haben geringe Fehler, welche die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe nicht ausschließen. 2. Abschrift können Sie mündlich und schriftlich beantragen; für die Seite erwächst 10 Pf. Schreibgebühr. — **Th. S., Bergmannstraße.** 1,25 M. pro Tag wird als angemessen erachtet; hinzu tritt natürlich das Hundefutter. — **43 M.** Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Wenn die schriftliche Vereinbarung dahin geht, daß der Vertrag aufgehoben ist, so liegt die Sache zweifellos für Sie günstig. Sonst ist sie zweifelhaft. — **B. S.** Sie haben Zeit. In Zivilsachen läuft — im Gegensatz zu den Strafsachen — die Frist nicht am Tage der Verkündigung, sondern von dem der Zustellung ab. Bis dahin können noch Wochen vergehen. — **E. W. 3.** Da keine Zeit angegeben ist, so verlängert sich der Vertrag um die im § 1 angegebene frühere Miethszeit. — **C. 16.** Bis spätestens am 15. zum Ersten ist mangels besonderer Vereinbarung Chambregarnisten zu kündigen. — **M. M.** Ja. — **C. H. 6.** Das neue, seit dem 1. Oktober 1894 in kraft getretene Markenschutz-Gesetz berechtigt jeden Geschäftstreibenden (nicht nur den im Handelsregister eingetragenen) zur Unterscheidung seiner Waaren von den Waaren anderer eines Waarenzeichens sich zu bedienen und dies Zeichen zur Eintragung in die beim Patentamt geführte Zeichenrolle anzumelden. Die Anmeldegebühr beträgt 30 M. Der Schutz erstreckt sich auf 10 Jahre, die Erneuerung des Schutzes um je 10 weitere Jahre kostet je 10 M. — **Frau Dr. S.** Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Die betreffende Antwort war zutreffend, da sie sich auf einen angeblichen Rechtsstreit aus Beginn der 90er Jahre bezog. Bei der Verallgemeinerung der Antwort ist unterlassen, die von Ihnen zutreffend betonte inzwischen eingetretene Aenderung zu berücksichtigen. Es wird das, um Irrthümer zu vermeiden, nachgeholt werden. — **M. S. 500.** Mit dem 31. Dezember cr. — — **C. P.** 1—3. Strafbarkeit tritt erst ein, wenn trotz erfolgter amtlicher Aufforderung die Impfung unterlassen ist. 4. Die Betreffende kann nur Vergütung des wirklichen Werthes verlangen. — **R. G. 39.** 1. Ja. Eine Beleidigungsklage muß spätestens innerhalb drei Monaten nach erlangter Kenntniß zu Protokoll des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts erklärt oder schriftlich bei Gericht eingegangen sein, falls nicht schon innerhalb dieser Zeit hinreichender Strafantrag bei Gericht, der Staatsanwaltschaft oder einer Polizeibehörde gestellt ist. Die Klage muß eine Darlegung der beleidigenden Worte oder Handlungen, eine Bezugnahme auf die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs sowie die Beweismittel und einen Strafantrag sowie das Gesuch enthalten, die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht stattfinden zu lassen. Wohnen der Beleidiger und der Beleidigte in derselben Gemeinde, so muß der Klage ein Sühneversuch vor dem Schiedsmann des Bezirks, in dem der Beleidiger wohnt, vorangehen. Die Bescheinigung über die Fruchtlosigkeit des Sühneversuchs muß der Klage beigefügt werden. Der Antrag auf Vornahme des Sühneversuchs unterbricht die Strafantragsfrist nicht. 2. Wenden Sie sich an einen Kammerjäger. — **A. F. 100.** Nein. — **B. 67.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Derartige Abmachungen hätten keinen Werth. Sie könnten nur Ihre Forderung einklagen und als Erster pfänden lassen. — **L. P. 100.** Sie können den Klageweg beschreiten. — **Voltastr. 6.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Unverständlich. — **August Bachmann.** Zwischen „lebenslänglich" und „zeitlebens" besteht soviel Unterschied wie zwischen einer Stunde und 60 Minuten. — **Schule.** Sie sind im Irrthum und Unrecht. Wie wiederholt im Briefkasten betont ist, endet die Schulpflicht nicht mit zurückgelegtem 14. Lebensjahre, sondern muß der Schulbesuch auch solange fortgesetzt werden, bis das Kind nach dem Befund der Inspektion „die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes nothwendigen Kenntnisse gefaßt hat". — **J. F.** Eine solche Steuerfreiheit besteht nicht. — **Z. Z.** Ja.

Witterungsübersicht vom 29. Juli 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. °	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. °
Swinemde.	758	SO	1	wolkenl	16	Haparanda	759	Still	—	wolkig	14
Hamburg	757	OSO	1	wolkig	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	757	SO	3	wolkenl	15	Cork	769	N	4	heiter	14
Wiesbaden	756	Still	—	bedeckt	17	Aberdeen	767	NNW	3	bedeckt	10
München	760	W	3	wolkig	17	Paris	761	NW	3	wolkenl	14
Wien	758	W	1	wolkig	16						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. Juli 1898.

Zunächst wärmer, theils heiter, theils wolkig bei zunehmender Gewitterneigung; nachher frische nordwestliche Winde mit Regen und Abkühlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 30. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Hugenotten. Anfang 7 Uhr.
Residenz. Abschiedssouper. Hierauf: Momentaufnahmen. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Anfang 7½ Uhr.
Wessel. Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.
Zentral. Die Grille. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Er muß aufs Land. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Woche! Letzte Woche!
Auf Sumatra.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Avis! Um vielen Wünschen nachzukommen, wird im Monat August ein Zyklus beliebter Volksschauspiele zur Aufführung gelangen. Montag: Hero und Leander. Dienstag und Mittwoch: Kean, od. Leidenschaft und Genie.
Die bereits ausgegebenen Vorzugsbillets behalten f. d. Vorstellungen Giltigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Gr. Sommernachtsfest.
Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gebr. Forré. Müller-Römer. Geschw. Vanoni. Klown Tutti. Geschw. Petram ꝛc. The Garroton.
Anfang 5½ Uhr. Passepartouts haben Giltigkeit.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété.
Sensationell:
Die schöne Tätowirte
Sga.
Radolfi
als Athletin.
Heute **25 Pf.** Entrée. Geöffnet v. vorm. 9—10 Uhr abds.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Gesammt-Gastspiel der Schauspieler-Gesellschaft
Die Liliputaner.
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Zum 9. Male:
Zwei Tage Millionär.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von **Robert Breitenbach.**
Musik komponirt und arrangirt von **Viktor Holländer.**
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorzugsbillets und freier Eintritt ungiltig.
Vorverkauf täglich von 10—1 Uhr.
Morgen nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr: Dieselbe Vorstellung.
Kinder zahlen Sonntags Nachmittag halbe Preise.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Ferner Auftreten von
Robert Steidl
mit seinen populären Schlagern:
„Noch ein Schnäpschen"
„Flora mit der Lora" u. d.
„Tambour" u. s. w. u. s. w.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
„Friede auf Erden".
Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. Auftreten d. Kostümsoub. Elsa de Planque, d. Grotesque-Duett. Gebr. Millardo, der 3 Warton Gymnastiker, des musik. Klowns Mr. Barna mit s. dress. Ratten, der Osrani Troupe, musik. Excentr. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. — Anf. 4 Uhr. Eintritt 50 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Pahlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
O diese Radler!
Possen-Burleske von Oskar Victor-Roeder.
Auftreten d. gesammten neu engagirten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Im Saal: **Gr. Fest-Ball.**
Anf. d. Konz. 4½ d. Vorst. 5½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Mehsel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark
(siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes Programm!

Reichshallen
Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Zum 50. Male:
Berlin auf Stelzen!
Burleske von Agoston-Wilhelm.
Und Auftreten sämmtlicher
Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vor der Vorstellung von 7 Uhr ab
Garten-Konzert.
Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im grossen Theatersaal.
Familien-Vorzugskarten giltig.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
CARL HAGENBECK's **INDIEN**
Sonntag, den 31. Juli, auf allgemeines Verlangen!
Wiederholung des Grossen Indischen
JAHRMARKTS-FESTES
mit völlig freien Schaustellungen d. berühmten Bajaderen, Jongleure, Akrobaten, Fakire, Gaukler u. s. w.
Anfang des Jahrmarkts um 12 Uhr mittags!
Neu!! Indische Kinder-Schule!! auf dem Platz von Tritschinapalli.
Schaustellungen in der Arena: 4, 6 und 8 Uhr.
Ab 4 Uhr: Grosses Militär-Doppel-Konzert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren 25 Pf.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3—6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Geehrten Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen.
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
53619* Karl Mittag, Oekonom.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
The Onra's. — Miss Alice, Jongleuse auf rollender Kugel. — Pepi und Pepino. — The Picardi's. — Carl Gursch, Tanzkomiker. — Minni Estera, Kostüm-Soubrette. — Paul Frey, Humorist. — Franziska Wünsch, Operettensängerin. — Prof. Cuno's Katzen-Zirkus. — Neu! Junge oder Mädchen, Gesangsposse in 1 Akt von Suchaw. — Neu! Du ahnst es nicht, Schwank in 1 Akt von Reichardt.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Töpfer sucht Hausverwalter- od. Kassirerstelle. Offerten abzug. Waldemarstr. 65a, 2. Qu. l. A. Schmidt.

Leistungsfähige Zigarren-Fabrik sucht für ihre vorzügliche Waare Abnehmer. 1000 von 26 M. an. Offerten nimmt die Expedition d. Bl. unter Z. 4 entgegen. 1529

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145.

Haut- und Harnleiden
heilt gründl. Homöop. Haedecke, Rosenthalerstr. 23. 9—11, 3—5.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, welche meinen lieben Manne und Vater, dem Tischler

Wilhelm Nesener

die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.
Berlin, den 29. Juli 1898. [1668
Die trauernden Hinterbliebenen.

Castan's Panopticum.
Major Graf
Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das goldene Kalb.
Charakterbild in 1 Akt v. C. Dachow.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Linderer. Musik von Richard Thiele.
Im Saale: Grosser Ball.

Ostbahn-Park.
Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.

Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
La Puce (Der Floh).
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Posamentiergeschäft.
gangbar, verzugshalber nach auswärts billig zu verkaufen. Zu erfragen Steglitzerstr. 66, Schenk.

Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Schleifer, Präger, Formstecher, Tapetendrucker und verw. Berufsgen. Berlins.

Montag, den 1. August 1898, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Saffenbach über: „Klassenkämpfe“. 2. Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten von der Formstecher-, Tapeten- und Wachstuchdrucker-Branche zur Gewerbegerichtswahl. 4. Der internationale Kongreß der graphischen Arbeiter in Bern. 97/1

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Besonders werden die Tapetendrucker rc. auf die Wahl eines Kandidaten aufmerksam gemacht.

Der Einberufer.

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 1. d. M., abends 8½ Uhr, in Rixdorf, Hermannstr. 197:

Versammlung. 146/15

Tages-Ordnung:

1. Verlieren die Arbeiterorganisationen durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung an Kampfesfähigkeit? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonnabend, den 6. August: Versammlung in Weissensee.

Der Vorstand.

Töpfer Südostens!

Vom 31. d. M. ab jeden Sonntag Vormittag: **Morgensprache** im Lokal von **Schilling**, Manteuffelstr. 88; auch werden daselbst in der Zeit von 10–12 Uhr Verbandsbeiträge sowie Beiträge zum Streikfond entgegengenommen. 195/7

Die Ortsverwaltung.

Zu Ausflügen, Sommerfesten u. s. w. empfiehlt sich **Brauerei Pichelsdorf.**

Oekonom: **Otto Starck.**

Frische Fische, gute Fische

empfiehlt die **Verkaufsstelle** der

Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

im Bahnhof Börse, Bogen 9–10

von **täglich frischer Zufuhr** aus ihrem eigenen Fischereihafen und in eigens hierfür erbauten **Kühlwagen.**

Nachdem der Fang anhaltend ergiebig, treffen **täglich** 1 bis 2 Waggons (100—200 Ztr.) ausgewählte lebendfrische Fische ein

und verkaufe heute und kommende Woche:

Cabliau (zum Kochen wie zum Braten geeignet) **20** Pf.,

im Ausschnitt **28—30** Pf. pr. Pfd.

Rothzungen (bester Ersatz für Seezungen) **35** „ „ „

Grosse Schollen (Goldbutten) sehr fein **30—25** „ „ „

Knurrhahn (Seeforelle, vorzgl. Brat- u. Bierfisch **30** „ „ „

Seelachs 20 Pf., ... im Ausschnitt **25-28** „ „ „

Seehecht 25-27 Pf., ... im Ausschnitt **35** „ „ „

Schellfische in allen Grössen . . . . . **12-20** „ „ „

Heilbutten pro Pfund **50** Pf., im Ausschnitt **60** „ „ „ **Austernfisch** (sehr empfehlenswerth) **30** Pf., im Ausschnitt **45** Pf. pr. Pfd. **Steinbutten 0,80—1,00** Mk. pr. Pfd. **Seezungen 1,40—2,00** pr. Pfd. **Petermann** (Rougé), sehr fein **40** Pf. pro Pfund. **Goldbarsch** (bester Ersatz für Zander) **25—30** Pf. pro Pfund.

Laberdan . . . . **35** Pf. pr. Pfd.

Marinirte Fische:

Delikatess-Bratschellfisch (gebraten und marinirt) in Blechdosen von 17 Pfd. à **3,25** Mk., kleinere 8 Pfd. à **1,75** Mk. **Austernfisch in Gelée** (bester Ersatz für Aal), 8-Pfund-Dose 3 Mk., **Austernfisch-Cotelettes,** 8-Pfund-Dose 2,60 Mk., **Schellfisch in Gelée,** 8-Pfund-Dose 2,80 Mk. **Knurrhahn in Aspic,** 8-Pfund-Dose 3,75 Mk., **Knurrhahn, gebraten,** 8-Pfd.-Dose 2,75 Mk., **See-Aal in Aspic,** 8-Pfd-Dose 3,50 Mk. **Delicatess-Bratschollen in Aspic** 2,75 Mk.

Geräucherte Fische:

Flundern 60 Pf., **Schellfische 25** Pf., **Seelachs 50** Pf., **See-Aal 60** Pf., **Roche,** bester Ersatz für Stör, **50** Pf. **Knurrhahn 50** Pf. pro Pfund. **Makrelen** 40—50 Pf. pro Stück.

Fischkochrezepte gratis! **Johs. Skorczyk,** Bevollm. Vertreter.

NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

Herren-Filzhüte, alle Farben, 1 M.

nur neue moderne Sachen. [5076L*

Prima Qualität 1,50 und 2,—.

Die beliebten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**

Hutfabrik Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.

Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner 5513L*

Teppiche!
Gardinen!
Portièren!
Steppdecken!
Tischdecken!

zu **sehr billigen Preisen** zum

Ausverkauf!

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 4659L*

Otto Gerholdt,

2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Brauerei Friedrichshain

(fr. Lips), Am Königsthor.

Sonntag, den 31. Juli 1898:

Graphisches Sommerfest

unter Mitwirkung der

„Typographia“, Gesangv. Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser

und des bekannten **„Ulk-Trio!“**

Auftreten der Nelson-Truppe etc. Kinderbelustigungen.

Entree 25 Pf., Kinder frei. [65/18] **Anfang 4 Uhr.**

Im grossen Saale: **TANZ.**

C. Joël's Victoria-Garten

SO., Köpnicker Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. Telephon: Amt 4, No. 2724.

Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden für Vereine u. Festlichkeiten 6000 Pers. fassend, **11 Kegelbahnen, Kaffeeküche** und allerlei Volksbelustigungen. 4661L*

Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halske); von der großen Berliner Pferdebahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt.

Die Mitglieder der 1595

„Freien Volksbühne“

zahlen im Zentral- und Thalia-Theater für die Sonntag-Nachmittags-Vorstellung am 31. Juli nur 50 Pf. für Logen und Fauteuil. Zur Darstellung gelangen „Die Räuber“, resp. „Kabale und Liebe“. Die Direktion.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme u. die zahlreichen Blumenspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres theuren Vaters, des Einsetzers **Heinrich Geimelmann,** sagen wir den Kollegen, Freunden und Bekannten unsern tiefempfundenen Dank. (1596

Wittwe Geimelmann nebst Kindern.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler rc.

(Hamburg, Verwaltung Berlin C.)

Mitglieder-Versammlung.

Montag, den 1. August, Abends 8½ Uhr bei Werner, Bülowstr. 59.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1898. 2. Verschiedene Angelegenheiten der Kasse. (Verlegung von Zahlstellen.)

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. 182/11

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-kasse der Tischler

Filiale Berlin F.

Am Montag, den 1. August, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Rosin, Ruppinerstraße 42.

183/4 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse d. Strumpfwirker.

Montag, 8. August, abends 8½ Uhr, in Feind's Salon, Weinstr. 11:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Statutenabänderung. (In betracht der günstigen Kassenverhältnisse kann die Generalversammlung beschließen, ob die Beiträge erniedrigt oder die Leistungen der Kasse erhöht werden sollen.) 2. Wahl von sechs Arbeitnehmer-Vertretern. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen der Delegirten ersucht

267/9 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Heute Abend 7 Uhr Gedächtnißkirche, Kurfürstendamm, **zur Konferenz in Burg** (120 km). Nachtquartier in Brandenburg: Centralherberge, Wollenweberstraße. Abf. daselbst Sonntag früh 6 Uhr. [11/15

NB. Die Billets zum Stiftungsfeste am 27. August sind in allen Filialen zu haben.

Heute, Sonnabend:

Skat-Abend und Kegelwettschieben,

wozu ergebenst einladet

Julius Wernau,

Gastwirth, Schwedterstr. 23/24.

Wirthshaus zum Goldenen Stern, Adlershof, Bismarckstr. 16. Jeden Sonntag: Tanzkränzchen bei freiem Entree. [5538L Gr. Garten mit Sommerbühne. Angenehmer Familienaufenthalt. Tel. No. 30. Paul Schmauser.

Empfehle meine drei Restaurants: **Rübezahl,** am Müggelsee, **Teufelssee,** Müggelberge, **Marienlust,** a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggelberge. 47242*

C. Streichhan,

Besitzer des Kaiserhofs Köpenick.

Restaurant zur Erholung. **Köpenick,** Kaulsdorferstrasse. Gr. Frühstückstisch. Ferd. Pole.

Nonnenberg's Restaur., Treptow, Parkstrasse.

Großer Saal. — Großer Garten. Jeden Sonntag: **Ball.** Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten

„Altes Schützenhaus“,

Linienstraße Nr. 5. 1285

Sonntag, den 7. August 1898:

Zur Eröffnung der neuen Festsäle: **Großer Ball.**

Jägerhaus Schönhauser Allee No. 103.

Neu renov. Garten (6000 Personen fassend) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal. 4 neu renovirte Kegelbahnen. —

Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.

Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet. 5397L*

Jeden Montag: Grosses Kinderfest.

Die Pracht-Prunk-Fest-Räume der 56529*

Flora-Säle Bes.: Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17

circa 150—1000 Pers. Feststeh. hochel. Theaterbühne. Vereinszimmer Sonnabends u. Sonntags Saison 98/99 **täglich gratis zu vergeben.** Elektr. Beleuchtung. Vollst. neu eingerichtet. Neue Ventilations-Anlage. Gas-Ofen-Heizung rc. rc.

Neu! Neu!

Wohin machen wir unsere **Landpartie** (per Kremser oder per Schiff)? Zum alten **Freund auf Pichelswerder.**

Bei Gesellschaften Brücken-Rückgang vergütet.

Gustav Lindenhayn, Grünau,

(Eingang) Wilhelmstr. 9 und Friedrichstr. 2 (Eingang).

Empfehle meinen neu renovirten Saal, ebenso schönen großen Garten nebst zwei verdeckten Kegelbahnen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Vergnügen. 5496L*

Kaffeekochen, Liter 70 Pf. — Weißbier 20 Pf. — 4/10 Bötzow Versand 15 Pf. Telephon Nr. 17. **G. Lindenhayn,** Gastwirth.

Paradiesgarten in Birkenwerder

nahe der **Havel** am **Mühlen-See** und meilentiefem **Wald** herrlich gelegen. — **Saal** und **Halle** für **1000 Pers.,** großer **dichtbelaubter Garten,** hart am **See** gelegen, für **3000** Pers., daher best geeignet (selbst für größte) **Bahn- u. Kremserpartien.** Belustigungen aller Art, auch **Angeln, Bootfahren rc.**

Um recht regen Zuspruch bittet 5585L*

Ad. Burgemeister, Paradieswirth.

Restaurant Jägerhäuschen, Saatwinkel, 3886b*

empfiehlt **alten schattigen Garten, gr. Saal** mit **Bühne, Kegelbahnen, Kaffeeküche** zu Landpartien. **L. Liesen.**

Eröffnung.

Habe eine **Verkaufsstelle Skalitzerstr. 47/48,** Ecke Görlitzerstraße, eröffnet für nur **Echte Thüringer- u. Braunschw. Fleisch- u. Wurstwaaren** zu allerbilligsten Preisen. 1666

Frische Wurst und gekochten Schinken vom **Hofschlächtermeister Schöning.** — **Butter** von nur garantirten Mollereien Ostpreußens und Mecklenburgs per Pfd. 90, 100, 110 Pf. Letztere Butter befriedigt auch den verwöhntesten Geschmack. Alle Sorten **Käse** und vorm. **Landeier** zu billigst. Tagespreisen. **Margarine** zu Engrospr.

Richard Dalmer, **Engros-Lager:** Dieffenbachstr. 56a. Fernsprecher: Amt 4, No. 49.

Möbeltischlerei und Lager complet **Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Preislage zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt **Julius Apelt,** Tischlermstr. **Skalitzerstrasse 6** (am Kottbuser Thor).

Elsenstr. 5. **Oberschöneweide.** Elsenstr. 5.

Empf. Freund. u. Genossen mein Restaurant, Garten u. Kegelbahn.

Gust. Wagner, früher Grünau.

Restaurant Klugmann,

Zur neuen Scheune [5161L*

früher **Wagner's Ruh'.**

Rummelsburg, Chausseehaus.

Gr. Saal, schatt. Garten, Naturwald, 5000 Pers. fass. Kegelbahnen, Kaffeeküche.

Rest. Pferdebucht b. Cöpenick, mitt. i. Laubwald, gr. Spielpl., Turngeräthe. W. Magdeburg.

Gasthof zu den drei Linden

Cöpenick, Grünauerstr. 16.

Garten, Kaffeeküche, Ausspannung

40642*] **Hermann Görlicke.**

Schönheit

zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, rosiges jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „**Crème-Benzoës**“. Unübertroffen bei **rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten.** Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch **Reichel,** Spec., **Berlin,** Eisenbahnstrasse 4. [5420L*

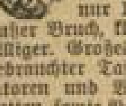
Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Reisekoffer, Operngläser spottb. Pfandleihe, Neanderstr. 6.

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Auswahl: **Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papiermützen u. s. w.,** sowie **Verloosungs-Gegenstände.** Händler u. Vereine erhalten die billigsten Engrospreise. 5530L*

S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Kinderwagen Kranken-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, Kinder-Holzmöbel. Sämmtliche Korbwaaren. **Theilzahlung nach Uebereinkunft. Brunnenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahnh. Gesundbrunnen. Telephon III, 1787.



Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez

* **Carl Lux, Uhrmacher.**

35 Chaussee-Straße 35.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Schankgeschäft sucht zu pachten od. mieth., auch außerh. Gerichtstr. 61, v. II l.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.

Allein-Verkauf für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrauen und braunen Streifen echtfarbig gedruckt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Kappnähte, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Leder-Pilot-Taschen, ein hohes bequemes Gesäß, richtig weit gearbeitete Schenkeltheile verleihen der Hose die größten Vorzüge. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reißen der angenähten Bundtheile ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind fest angenietet, nicht angenäht, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von

Bei Entnahme von 6 Stück **26** Mk. **4 Mk. 50**

Versandt nach auswärts von 20 Mk. an franko. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundweite und der inneren Schrittlänge.

Baer Sohn

Chausseestr. 24a. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 16.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger,** Steglitzerstr. **65.**

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. **Große Hamburgerstr. 20, I.**

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13,** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor.*

Mühlenstraße 8, a. d. Oberbaumbrücke, 5 Min. von Station **Warschauerstraße,** sind v. **1. Oktober frdl. Hofwohnungen** v. 1 u. 2 Stuben nebst **allem Zubehör v. 72—94 Thaler** zu vermiethen. 54633*

Näheres daselbst beim **Verwalter.**

Milchgeschäft, gut geh., krankheitsh. verk.: Gotzkowskistr. 10, 4 Tr., Krüger.

M. Schlafst., s. Eing., Fürstenstr. 16, Hof 2 Tr. l. 1555

Freundl. möbl. Schlafstelle f. H., sep. Eing., Ritterstr. 8, v. IV, Schwarz.

Freundl. Schlafstelle bei **Golze,** Manteuffelstr. 31, v. 4 Tr. 1545

Schlafstelle, sep. Eing., für zwei Herren b. Bobora, Markgrafenstr. 9, Quergeb. 1 Tr. 1506

Freundl. Schlafstelle für Herren zu verm. Ritterstr. 110, Quergeb. I, bei Burbat.

Möbl. Schlafstelle, sep. Eing., bei Zwiklawski, Lausitzerstr. 40, 1. Hof I.

Saub., frdl., sep. Schlafst. f. Herrn bei Bergemann, Höchststr. 18, v. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Kistenmacher!

Bei der Firma **Findeisen, Stralauerstraße,** haben sämmtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 94/14

Die Lohnkommission.

Der Vertrauensmann der Kistenmacher:

Franz Splinter, Schmidstr. 30.

Barockvergolderin vl. Waldemarstr. 15.

Korbmacher, 1636

einen tüchtigen, soliden, auf Bambusgestell und Luxusarbeit sucht

Eduard Schleichert, Kassel.

Arbeitsburschen

verlangt Steindruckerei Köpenickerstr. 72.

Mechaniker oder Feinschlosser für eiserne Miniaturmodelle i. dauernde Stellung gesucht.

„Panzer“ Aktiengesellschaft, Badstr. 59.

Zwei geschickte **Kunstgießer** für klein. Kunstgüsse in Silber u. Messing erhalt. dauernde Anstell. in Stockholm. Adresse: Aktiengesellschaft Förenade Konstgjuteriana, Stockholm, Schweden.

Agenten.

In Arbeiter-, Handwerker- und Kleinbürger-Kreisen bekannte Herren und Damen werden als Vertreter von unterz. Kasse gesucht. 28/15*

Allgemeine Volks-Krankenkasse E. H. 126.

1. Bureau u. Hauptkasse: Müllerstr. 174.
2. „ Skalitzerstr. 33.
3. „ Königgrätzerstr. 118.
4. „ Hallescheitr. 4.

Schirmnäherinnen werden bei hohen Arbeitslöhnen und dauernder Beschäftigung gesucht. 1326

Lichtenstein, Bischofstr. 19.

Mehrere tüchtige **Holzkoffermacher,** speziell auf Kaiserkoffer eingearbeitet, werden bei hohem Lohn gesucht.

Offerten unter **W. 4** befördert die Exped. d. Bl. 56652*

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.